

## Dossier „Ökonomie mit Energie“

Ausgabe 131, 2016

### 1. Artikel/Grafik: Eon: Die Kernspaltung ist geglückt (29.12.2015)

„Innerhalb von gerade einmal 13 Monaten [hat der Eon-Vorstand] den wohl radikalsten Strategiewechsel vollzogen, den bisher ein deutscher Großkonzern gewagt hat. Anfang Dezember 2014 hatte [der Vorstandsvorsitzende] Teysen angekündigt, die Stromproduktion mit großen Kohle- und Gaskraftwerken abzuspalten - und damit nicht weniger als das traditionelle Kerngeschäft. Zum 1. Januar 2016 geht nun Uniper an den Start und wird sich um das klassische Geschäft kümmern. Die Eon SE selbst wird sich komplett der neuen Energiewelt verschreiben und versuchen, mit erneuerbaren Energien, Vertrieb und Netzen Geld zu verdienen. ‚Wir wollen in beiden Energiewelten erfolgreich sein und uns auf die jeweiligen, sehr unterschiedlichen Anforderungen konzentrieren‘, hatte Teysen vor kurzem noch einmal die Logik hinter der Spaltung begründet. Sie soll Kräfte freisetzen. Eon war zum Sanierungsfall geworden. Die Gewinne brachen weg, weil die großen, konventionellen Kraftwerke von Wind- und Solaranlagen aus dem Markt gedrängt wurden. 2014 verbuchte der Konzern einen Rekordverlust - und 2015 wird der Fehlbetrag noch höher liegen. Dadurch fehlte die Finanzkraft, um neue Wachstumsmöglichkeiten zu erschließen.“

➤ Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“** und **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“**

1. *Erläutern Sie, inwieweit sich die Rahmenbedingungen für die großen Energieversorgungsunternehmen in Deutschland in den vergangenen Jahren verändert haben.*
2. *Erschließen Sie sich vor diesem Hintergrund Umfang und Zielsetzung der Umgestaltung des Eon-Konzerns.*
3. *Arbeiten Sie die zukünftig getrennten Arbeitsfelder der Unternehmen Eon SE und Uniper heraus.*
4. *Setzen Sie sich mit den zentral anstehenden Aufgaben und Herausforderungen auseinander.*

- 2. Artikel/Grafik: Ölpreis: Im Sog der Tiefe (08.01.2016)**
- 3. Artikel: Schlechte Stimmung vor der Hochzeit (12.01.2016)**
- 4. Artikel: Tanken macht wieder Spaß (12.01.2016)**
- 5. Artikel/Grafik: Ölpreis: Mehr Geld für (fast) alle (13.01.2016)**
- 6. Interview: H. Croft: „Es gibt einfach zu viel Öl“ (14.01.2016)**

„Der rasante Ölpreisverfall setzt Förderstaaten, Schwellenländer und Konzerne immer stärker unter Druck. Am Donnerstag trieb ein erneuter Einbruch an Chinas Börsen die Preise weiter nach unten. Ein Barrel Rohöl (159 Liter) der richtungsweisenden Sorte Brent kostete nun zeitweise weniger als 33 US-Dollar - so wenig wie zuletzt seit zwölf Jahren nicht mehr. Zum Vergleich: Mitte 2014 hatte die Sorte noch oberhalb der 100-Dollar-Marke gelegen. Im Abwärtsstrudel: Das schwarze Gold ist zur Ramschware geworden. Es ist ein Absturz, der Bürger beim Füllen ihrer Heizöltanks jubilieren und die Bilanzen vieler Konzerne glänzen lässt. Doch für die Ölmultis sowie einige klamme Staaten ist die Entwicklung eine Hiobsbotschaft.“ Währenddessen freuen sich Unternehmen, Autofahrer und Hausbesitzer über die niedrigen Energiekosten. Stellenweise wirkt die Preisentwicklung wie ein kleines Konjunkturprogramm.

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“**, **„Angebot/Nachfrage/Preisbildung“**, **„Energie und Makroökonomie“** und **„Perspektiven der Weltenergieversorgung“**

1. *Fassen Sie die Entwicklung des Ölpreises auf den globalen Märkten in den letzten Jahren zusammen.*
2. *Ermitteln Sie die wesentlichen Einflussfaktoren auf die Preisbildung.*
3. *Analysieren Sie die Auswirkungen der Preisentwicklung auf die Ölkonzerne.*
4. *Erschließen Sie sich die von ihnen eingeleiteten Maßnahmen und deren Zielsetzungen.*
5. *Erläutern Sie die generelle Stellung und die Zielsetzungen der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) im internationalen Marktgeschehen.*
6. *Arbeiten Sie die aktuellen Interessenkonflikte innerhalb der Opec heraus und überprüfen Sie, wie sich diese auf die Preisentwicklung auswirken.*
7. *Überprüfen Sie, inwieweit die Preisentwicklung auch Auswirkungen auf politische Strukturen (beispielsweise in Förderländern) haben kann.*
8. *Analysieren Sie die Auswirkungen der Preisentwicklung für die privaten Haushalte und Unternehmen. Überprüfen Sie, inwieweit diese von ihr profitieren.*
9. *Nehmen Sie Stellung zu folgender Aussage: „Der derzeitige Ölpreis entwickelt in einigen Branchen den Charakter eines Konjunkturprogramms.“*

10. Setzen Sie sich mit denkbaren ökologischen Folgewirkungen der Preisentwicklung auseinander. Diskutieren Sie u. a., inwieweit Klimaschutzpolitische Zielsetzungen schwerer umzusetzen sein könnten.

## 7. Artikel/Grafik: Australien: Vom Ende der Kohle-Zeit (11.01.2016)

Setzte Australien bislang noch stark auf Kohle als Energieträger und Exportgut, so verändert sich die Situation aktuell. Verantwortlich hierfür sind sowohl die Änderung der Vorgehensweise vonseiten der Investoren (Stichwort „Divestment“) als auch die forcierte globale Diskussion zum Klimaschutz.

➤ Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“**, **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“** und **„Umweltschutz“**

1. Ermitteln Sie den bisherigen Status der Nutzung von Kohle in der australischen (Energie-)Wirtschaft.
2. Erläutern Sie die derzeit zu erkennenden Veränderungsprozesse. Erschließen Sie sich die wesentlichen Einflussfaktoren auf nationaler und internationaler Ebene.
3. Erklären Sie anhand des im Artikel beschriebenen Minenprojekts das Phänomen des Divestments. Arbeiten Sie die diesbezüglichen Ziele großer Investoren heraus.
4. Geben Sie die Reaktionen der australischen Kohleindustrie wieder. Stellen Sie ihren Argumenten diejenigen von Umweltverbänden usw. entgegen.

## 8. Artikel/Grafik: Ausbau erneuerbarer Energien: Wer Wind sät ... (12.01.2016)

### 9. Interview: Michael Fuchs (CDU): „Es geht um Milliarden“ (12.01.2016)

„[Ü]berall in Deutschland schreitet der Ausbau der erneuerbaren Energien voran. [So] schnell, dass das Bundeswirtschaftsministerium prognostiziert: Mit dem derzeitigen Wachstumsniveau werde man bereits im Jahr 2020 einen Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung ‚von rund 40 Prozent erreichen‘. [...] Die Bundesregierung ist damit drauf und dran, ihre eigenen Planungen deutlich zu übertreffen. So ist noch im Eckpunktepapier des Ministeriums zur Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) aus dem vergangenen Jahr von einem Zielkorridor von 40 bis 45 Prozent bis 2025 die Rede. Dieser Zielkorridor galt bislang als in Stein gemeißelt. Nun räumt das Ministerium ein, dass der Ausbau übers Ziel hinauschießt. Die Übererfüllung der Pläne ruft innerhalb der Großen Koalition Kritik

hervor. Denn mit jedem Jahr, in dem der Erneuerbaren-Anteil schneller als geplant steigt, steigen auch die Kosten entsprechend.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wettbewerbsstrukturen im Energiemarkt“** und **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“**

1. *Fassen Sie die Entwicklung des Ausbaus der erneuerbaren Energien in den letzten Jahren in Deutschland zusammen.*
2. *Überprüfen Sie, inwieweit die Zahlen den Plänen der Bundesregierung ent- bzw. widersprechen.*
3. *Erläutern Sie die sich hieraus ergebenden ökonomischen Wirkungen. Arbeiten Sie auftretende Konflikte zwischen umwelt- und wirtschaftspolitischen Zielsetzungen heraus.*
4. *Geben Sie auf der Grundlage des Interviews mit Michael Fuchs (CDU) die Kritik von Politikern und Wirtschaftsvertretern an der derzeitigen Entwicklungsgeschwindigkeit wieder. Erschließen Sie sich die in diesem Zusammenhang vorgebrachten Lösungsvorschläge.*
5. *Stellen Sie die Argumente denjenigen der Befürworter des schnellen Ausbaus der erneuerbaren Energien gegenüber.*

## 10. Artikel: Abschied von der Kohle (12.01.2016)

„Während die erneuerbaren Energien ihre Position von Tag zu Tag stärken, sieht es für die Kohlekraftwerke in Deutschland zunehmend düster aus. Der Thinktank ‚Agora Energiewende‘ legte am Montag ein Papier vor, das den Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2040 zum Ziel hat. Derzeit stehen die Stein- und Braunkohlekraftwerke noch für gut 40 Prozent der Stromerzeugung. [...] Der neue Plan enthält auch Vorschläge für einen sozial verträglichen Abbau von Arbeitsplätzen. ‚Wir schlagen der Bundesregierung vor, zeitnah einen ‚runden Tisch Nationaler Kohlekonsens‘ einzuberufen‘, sagte Agora-Direktor Graichen.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“**, **„Energie und Makroökonomie“** und **„Energemix der Zukunft“**

1. *Erläutern Sie, aus welchen Gründen derzeit verstärkt über den Ausstieg aus der Kohlenutzung diskutiert wird.*

2. *Erörtern Sie, inwieweit innerhalb der Diskussion nicht nur ökologische, sondern auch ökonomische und beispielsweise arbeitsmarktpolitische Aspekte eine Rolle spielen.*
3. *Geben Sie die wesentlichen Ergebnisse der im Artikel vorgestellten Studie des Thinktanks Agora wieder.*
4. *Überprüfen Sie, inwieweit die Umsetzung der Empfehlungen einem Umbau des Energieversorgungssystems gleichkäme.*

### 11. Artikel: Angst vor belgischen Atommeilern (14.01.2016)

„Die belgischen Atommeiler gelten in Deutschland als Sicherheitsrisiko. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) hat keine rechtliche Handhabe, den Weiterbetrieb der Kraftwerke zu verhindern. [...] Jetzt hat das Ministerium der belgischen Atomaufsichtsbehörde FANC anlässlich eines internationalen Arbeitstreffens 15 Fragen zur Sicherheit speziell der Meiler Tihange 2 und Doel 3 übergeben. ‚Aus unserer Sicht sind sicherheitstechnische Fragen zum Wiederaufstart der beiden Reaktoren offen‘, teilte das Ministerium mit. [...] Umweltschützer und das Land Nordrhein-Westfalen fordern seit langem die Abschaltung der Meiler. Jetzt steigt die Skepsis.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Energiepolitik“**, **„Energemix der Zukunft“** und **„Umweltschutz“**

1. *Beschreiben Sie die vorliegende Konfliktsituation und benennen Sie die beteiligten Akteure.*
2. *Geben Sie die wesentlichen Kritikpunkte und Sorgen auf deutscher Seite wieder.*
3. *Erschließen Sie sich die Einflussmöglichkeiten der deutschen Bundesregierung auf den Umgang der Entscheidungsträger in Belgien hinsichtlich des Einsatzes von Kernkraftwerken.*
4. *Setzen Sie sich vor diesem Hintergrund mit dem Status der Umsetzung einer gemeinsamen europäischen Energiestrategie auseinander. Diskutieren Sie in diesem Zusammenhang deren Notwendigkeit bzw. Sinnhaftigkeit.*

## 12. Artikel/Karikatur: Die grünen Pläne von RWE (14.01.2016)

„Seitdem Solar- und Windkraft per Gesetz vorrangig ins deutsche Stromnetz eingespeist werden, bricht RWE das Kerngeschäft weg. Der Betrieb von Atom-, Kohle- und Gaskraftwerken rechnet sich nicht mehr. Am Terminmarkt bekommen Stromproduzenten für eine Megawattstunde, die sie im nächsten Jahr liefern, nicht einmal mehr 28 Euro, vor vier Jahren waren es noch 50 Euro. Als Reaktion auf die Umwälzungen spaltet sich RWE ähnlich wie der Konkurrent Eon [vgl. Beitrag Nr. 1. in diesem Dossier] auf. Die RWE AG wird nur noch für den Großhandel und die notleidende konventionelle Stromerzeugung zuständig sein. Das Zukunftsgeschäft mit den erneuerbaren Energien, dem Vertrieb und den Netzen wird in eine neue Gesellschaft ausgelagert, die am 1. April 2016 an den Start gehen soll.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“**, **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“** und **„Energimix der Zukunft“**

1. *Erläutern Sie, inwieweit sich die Rahmenbedingungen für die großen Energieversorgungsunternehmen in Deutschland in den vergangenen Jahren verändert haben.*
2. *Arbeiten Sie die konkreten betriebswirtschaftlichen Folgen für den RWE-Konzern heraus.*
3. *Erschließen Sie sich vor diesem Hintergrund Umfang und Zielsetzung der Umgestaltung des RWE-Konzerns. Analysieren Sie in diesem Zusammenhang die Karikatur.*
4. *Vergleichen Sie die Vorgehensweise mit derjenigen des Eon-Konzerns. Ermitteln Sie Gemeinsamkeiten und Unterschiede.*

## 13. Artikel/Grafik: Elektromobilität: Letzter Startversuch (15.01.2016)

„2020 darf die Neuwagenflotte maximal 95 Gramm CO<sub>2</sub> je Kilometer ausstoßen. E-Mobile sollen da helfen, die EU-Vorgabe trotz großer Limousinen zu erreichen. Die Regierung aber baut bislang auf „Markt und Wettbewerb“ als „die besten Treiber für Innovationen“ und plant daher „keine Kaufprämie für E-Autos, sondern setzt auf andere Kaufanreize“, etwa freie Fahrt auf Busspuren. Der Boom jedoch bleibt aus. Schlimmer noch: Seit 2016 sind Fahrzeuge mit weniger als 50 Gramm CO<sub>2</sub> nicht mehr für zehn, sondern nur noch fünf Jahre von der Kfz-Steuer befreit. Die Branche pocht auf die Kaufprämie.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Energiepolitik“**, **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“** und **„Energimix der Zukunft“**

1. *Geben Sie die Ziele der Bundesregierung hinsichtlich des Ausbaus der Elektromobilität in Deutschland bis zum Jahr 2020 wieder.*
2. *Stellen Sie diesen die bisherigen Absatzzahlen gegenüber. Überprüfen Sie, inwieweit die Ziele erreichbar erscheinen.*
3. *Erschließen Sie sich die Kontroverse zwischen Autoindustrie und Politik hinsichtlich der richtigen Instrumente zur Förderung der Nachfrage nach E-Fahrzeugen.*
4. *Setzen Sie sich mit den unterschiedlichen Vorschlägen auseinander und bewerten Sie begründet deren Vor- und Nachteile.*

## Eon: Die Kernspaltung ist geglückt

*Eon trennt sich von seinen Gas- und Kohlekraftwerken. Uniper übernimmt. Doch es wartet noch viel Arbeit.*

5

Am Ende verließ Eon-Chef Johannes Teyssen dann doch ein wenig der Mut. Eine Sache hätte die Neuordnung seines Konzerns noch auf die Spitze getrieben: Die radikale Ausrichtung der Eon SE auf die Energiewende hätte sich auch im Logo niederschlagen können. Es gab ernsthafte Überlegungen, die auffällige Konzernfarbe Rot gegen Grün zu tauschen - und so den Wandel vom Kohleverstromer zum umweltbewussten Energiedienstleister ultimativ zu vollziehen.

10

Die Gedankenspiele wurden dann allerdings wieder verworfen. Das Corporate Design sei zu bekannt, hieß es. Eon behält sein rotes Logo und das neue Unternehmen Uniper, das die Kohlekraftwerke übernimmt, wird nicht rot, sondern blau auftreten.

15

Aber auch so kommt das, was Teyssen und seine Mannschaft bewerkstelligt haben, einer Revolution gleich. Innerhalb von gerade einmal 13 Monaten haben sie den wohl radikalsten Strategieschwenk vollzogen, den bisher ein deutscher Großkonzern gewagt hat. Anfang Dezember 2014 hatte Teyssen angekündigt, die Stromproduktion mit großen Kohle- und Gaskraftwerken abzuspalten - und damit nicht weniger als das traditionelle Kerngeschäft. Zum 1. Januar 2016 geht nun Uniper an den Start und wird sich um das klassische Geschäft kümmern. Die Eon SE selbst wird sich komplett der neuen Energiewelt verschreiben und versuchen, mit erneuerbaren Energien, Vertrieb und Netzen Geld zu verdienen.

20

25

„Wir wollen in beiden Energiewelten erfolgreich sein und uns auf die jeweiligen, sehr unterschiedlichen Anforderungen konzentrieren“, hatte Teyssen vor kurzem noch einmal die Logik hinter der Spaltung begründet. Sie soll Kräfte freisetzen. Eon war zum Sanierungsfall geworden. Die Gewinne brachen weg, weil die großen, konventionellen Kraftwerke von Wind- und Solaranlagen aus dem Markt gedrängt wurden. 2014 verbuchte der Konzern einen Rekordverlust - und 2015 wird der Fehlbetrag noch höher liegen. Dadurch fehlte die Finanzkraft, um neue Wachstumsmöglichkeiten zu erschließen.

30

35

Grundsätzlich bekommt Teyssen für den Schritt auch viel Zuspruch. „Die Entscheidung ist sinnvoll und konsequent“, sagt Tobias Gehlhaar, Geschäftsführer im Bereich Energiewirtschaft bei der Unternehmensberatung Accenture. Sie vollziehe die Aufteilung der Energiewirtschaft in zwei Welten nach, die der auf Versorgungssicherheit ausgerichteten konventionellen Erzeugung, und die der erneuerbaren Energien, die dezentral und technologiegetrieben einem hohen Innovationsdruck unterliege und in der schnelle Entscheidungen gefragt seien. „Beide Unternehmen gewinnen damit die nötige Bewegungsfreiheit, um langfristig erfolgreich zu sein“, sagt Gehlhaar.

40

Den Beweis, dass beide Teile getrennt tatsächlich mehr Chancen haben, müssen Teyssen, der die Führung von Eon behält, und Klaus Schäfer als Chef von Uniper jetzt nach der Trennung aber erst noch antreten. Der schwierigste Teil der Arbeit liegt also noch vor ihnen.

45



50 Einen ersten Kraftakt haben die Eon-Arbeiter mit der Trennung jedoch schon vollbracht. „Das ist ein hochkomplexer Vorgang, der alle Kräfte des Konzerns in einer Art und Weise bindet, die grenzwertig ist“, hatte Teysen selbst den Prozess beschrieben. Das Spin-off-Team unter der Leitung von Marc Spieker war in der Spitze 800 Mann stark und arbeitete mit externen Beratern zusammen. 4800 „Meilensteine“ sollten erreicht werden, 4200 sind bisher abgearbeitet.

55 Mehr als 1000 Gesellschaften mussten auf die beiden Konzerne verteilt werden. Die Juristen passten 1000 Verträge mit externen Partnern an, 300 mussten sogar neu geschlossen werden. Ende April klärte Teysen die wichtigste Personalie: seine eigene. Teysen machte deutlich, dass er weiterhin Eon-Chef bleiben würde. Gleichzeitig wurde Schäfer zum künftigen Uniper-Chef bestellt und wurden die Vorstände weitgehend besetzt. Im Sommer erfuhren die anderen Ebenen nach und nach, für welches Unternehmen sie künftig arbeiten würden. Auf der letzten Aufsichtsratssitzung Anfang Dezember wurden noch die letzten Führungsfragen geklärt - und inzwischen sind alle Mitarbeiter auf die Unternehmen verteilt, 40 000 zu Eon und 14 000 zu Uniper.

65 Allein die Aufteilung der Konzernzentralen war eine logistische Herausforderung. Kurz vor Weihnachten zog die Eon-Verwaltung von Düsseldorf nach Essen und Uniper wurde in Düsseldorf auf mehrere Standorte verteilt. 3200 Mitarbeiter wechselten ihr Büro, 40 000 Umzugskarton wurden ein- und wieder ausgepackt.

70 Beide Unternehmen sind jetzt arbeitsfähig. Vollzogen ist die Scheidung freilich noch nicht, die kniffligste Aufgabe steht noch bevor. Unter Hochdruck arbeiten die Finanzexperten am Spaltungsbericht. Er muss detailliert aufschlüsseln, welche Vermögenswerte welchem Konzern zugeordnet werden, und wie genau die Schulden verteilt werden. Das Dokument wird festlegen, wie viele Uniper-Anteile jeder Eon-Aktionär erhält. Vor allem aber muss es möglichen Klagen standhalten, auf die sich gewiefte Anleger schon vorbereiten.

80 Der Bericht muss rechtzeitig vor dem 8. Juni fertig sein. Dann kommen die Aktionäre in der Essener Grugahalle zusammen, um die Trennung zu beschließen. Uniper wird endgültig in die Selbstständigkeit entlassen - und Klaus Schäfer kann auf Roadshow gehen. Er muss die Investoren davon überzeugen, dass der Name „Uniper“ Programm ist. Er setzt sich aus den Wörtern „Unique“ und „Performance“ zusammen und soll die Leistungsfähigkeit des neuen Unternehmens wiedergeben. Schäfer wird viel Überzeugungskraft benötigen.

## Eon SE: Aufbruch in die neue Welt

*Wendige Start-ups sind zusätzliche Konkurrenten.*

90

Als „echt sexy“ bezeichnete Johannes Teyssen vor kurzem das Geschäft, auf das sich die Eon SE künftig konzentrieren wird. Sie übernimmt die erneuerbaren Energien, den Vertrieb und die Netze - muss aber auch die Kernkraftwerke behalten und den Atomausstieg organisieren.

95

Die Ausgangslage Eon übernimmt ein stabiles Geschäft. Die 33 Millionen Strom- und Gaskunden, die der Konzern europaweit versorgt, bleiben im Konzern und liefern eine kleine, aber konstante Marge. Der Betrieb der Leitungen von einer Million Kilometer Länge ist zwar reguliert und die Renditen sind gedeckelt, aber sie sind ausreichend. Und für einen Großteil der alternativen Stromerzeugung, vor allem ist das die Windenergie, bekommt Eon staatlich garantierte Preise. Eon ist zwar spät in die Produktion von grünem Strom eingestiegen, hat aber aufgeholt.

Die Chancen Die Energiewelt wird grüner, dezentraler und digitaler. Daran will Eon mitverdienen. Der Konzern will die erneuerbaren Energien ausbauen. Schon jetzt sieht er sich bei Offshore-Windenergie weltweit auf Position zwei und bei Onshore-Wind auf Rang zwölf. Eon will aber auch die Netze intelligent machen, das heißt mit dem Internet verbinden, um mit der intelligenten Steuerung von Stromverbrauch und Angebot und nicht zuletzt mit Energiesparen Geld zu verdienen.

110

Die Risiken Der Energieriese muss erst noch den Beweis liefern, dass er wendig und innovativ genug ist, um in der neuen Energiewelt zu bestehen. Hier ist das Geschäft mühsam, die Renditen sind nicht mehr so hoch, wie sie einst in der Stromproduktion waren. Vor allem aber lauern neue Wettbewerber. Eon konkurriert mit innovativen Start-ups genauso wie mit Technologieriesen wie Google. Im Netzgeschäft dürften die Renditen bald sinken, weil die Bundesnetzagentur die Regulierung verschärfen will. Und dann muss sich der Konzern noch mit der Altlast Kernenergie herumschlagen. Eigentlich wollte Teyssen Rückbau und Entsorgung Uniper überlassen. Dem schob die Bundesregierung aber einen Riegel vor.

120

## Uniper: Schwieriges Altgeschäft

*Strom aus Kohle und Gas bringt wenig ein.*

125

Als Eon-Chef Johannes Teyssen Anfang 2014 die Aufspaltung bekanntgab, war schnell von einer „Bad Bank“ die Rede. Das neue Unternehmen, das inzwischen den Namen Uniper trägt, wird sich schließlich um die notleidende Stromproduktion mit Kohle- und Gaskraftwerken kümmern. Es übernimmt aber auch die Wasserkraftwerke, die Gasförderung in Sibirien und den Großhandel mit Strom, Gas und Rohstoffen.

130

Die Ausgangslage Uniper übernimmt die rund 180 Kohle- und Gaskraftwerke, die zusammen auf eine Leistung von gut 40 Gigawatt kommen. Jahrzehntlang war die Stromproduktion mit zentralen Großkraftwerken das Kerngeschäft und warf hohe

- 135 Gewinne ab. Inzwischen wird die Energiewelt aber nicht nur grün, sondern auch dezentral. Die konventionellen Kraftwerke werden von Solar- und Windanlagen aus dem Markt gedrängt. Im Großhandel rutschte der Preis für eine Megawattstunde Strom in diesem Jahr unter 30 Euro. Entsprechend schmelzen die Gewinne ab.
- 140 Die Chancen Die Aussichten sind so schlecht, dass es eigentlich nur besser werden kann. Und daran muss Uniper-Chef Klaus Schäfer arbeiten. Er wird in Berlin darlegen, wie wichtig die Kohle- und vor allem die Gaskraftwerke von Uniper für die Versorgungssicherheit sind, weil Wind- und Solarenergie eben nicht immer zur Verfügung stehen. Das Unternehmen startet mit vergleichsweise wenig finanziellem Ballast.
- 145 Die Risiken Der Ausbau der erneuerbaren Energien übertrifft alle Erwartungen. In diesem Jahr könnten sie schon ein Drittel des Stromverbrauchs decken. Entsprechend schlecht sind die Aussichten für die konventionelle Stromproduktion. Am Terminmarkt der Energiebörse EEX kostet eine Megawattstunde Strom auch für 2017, 2018
- 150 und 2019 deutlich weniger als 30 Euro - und damit viel zu wenig für Uniper. Und auch die anderen Bereiche, die Uniper übernimmt, laufen nicht gut. Der Großhandel büßte bis Ende September 42 Prozent an Ebitda ein, Exploration & Produktion 24 Prozent. Auch der Gaspreis ist unter Druck.juf.
- 155 *Quelle: Flauger, J., Handelsblatt, Nr. 250, 29.12.2015, 16*

## Im Sog der Tiefe

*Der Ölpreis rutscht auf den niedrigsten Stand seit zwölf Jahren. Konzerne fahren ihre Investitionen weiter zurück.*

5

Bob Dudley hatte bereits im Frühjahr letzten Jahres eine dunkle Vorahnung. Ein „tösender Sturm“ habe die Branche getroffen, sagte der Boss des Ölkonzerns BP auf der Jahrespressekonferenz in London. Knapp ein Jahr später ist seine düstere Prognose brutale Gewissheit geworden. Der rasante Ölpreisverfall setzt Förderstaaten, Schwellenländer und Konzerne immer stärker unter Druck. Am Donnerstag trieb ein erneuter Einbruch an Chinas Börsen die Preise weiter nach unten. Ein Barrel Rohöl (159 Liter) der richtungsweisenden Sorte Brent kostete nun zeitweise weniger als 33 US-Dollar - so wenig wie zuletzt seit zwölf Jahren nicht mehr. Zum Vergleich: Mitte 2014 hatte die Sorte noch oberhalb der 100-Dollar-Marke gelegen.

15

Im Abwärtsstrudel: Das schwarze Gold ist zur Ramschware geworden. Es ist ein Absturz, der Bürger beim Füllen ihrer Heizöltanks jubilierten und die Bilanzen vieler Konzerne glänzen lässt. Doch für die Ölmultis sowie einige klamme Staaten ist die Entwicklung eine Hiobsbotschaft. Der Börsenwert der Branche schrumpfte in den vergangenen eineinhalb Jahren weltweit um insgesamt mehr als eine Billion US-Dollar. Der Preisrutsch treibt die lange von Milliarden Gewinnen verwöhnte Erfolgsbranche in die Defensive. „Wir müssen harte Entscheidungen treffen“, gab der Boss des größten europäischen Ölkonzerns Shell, Ben van Beurden, als neue Devise aus.

20

So stehen die Ölgiganten in diesem Jahr vor weiteren drastischen Investitionskürzungen. Die weltweiten Öl- und Gasinvestitionen, die im vergangenen Jahr schon um 22 Prozent auf 595 Milliarden US-Dollar schrumpften, werden nach einer Prognose der Beratungsfirma Rystad Energy 2016 weiter auf 522 Milliarden Dollar abrutschen. „Das wird das erste Mal seit dem Ölpreisrutsch 1986 sein, dass wir zwei aufeinanderfolgende Jahre mit sinkenden Investitionen sehen“, sagte der Öl- und Gasexperte Bjornar Tonhaugen von Rystad Energy.

25

30

Doch es herrscht Ratlosigkeit. Keiner könne wissen, wie lange der Preisverfall noch anhalte, klagte Rex Tillerson, der Vorstandschef von Exxon-Mobil, dem größten privaten Ölkonzern der Welt, vor wenigen Wochen auf einer Konferenz in London. Viele Fachleute hatten einen Ölpreis von 35 Dollar bislang als absolute Untergrenze angesehen. Die Vorhersage der US-Investmentbank Goldman Sachs, Öl könnte bald nur noch 20 Dollar kosten, war von vielen Experten lediglich als effekthascherische Provokation bewertet worden. Doch nun räumen einige Fachleute kleinlaut ein, dass die Ziffer „rein optisch nicht allzu weit entfernt“ sei.

35

40

Denn die Branche ist zum Spielball eines riesigen Machtkampfs geworden. Bisher reagierten die Mitgliedstaaten der Opec unter Führung von Saudi-Arabien stets auf einen Preisverfall, indem sie ihre Fördermengen senkten, um die Preise wieder zu stabilisieren. Doch diesmal ist alles anders. Der globale Ölverbrauch steigt zwar, aber das Angebot steigt noch deutlich stärker.

45

Ungebremst pumpt das Ölkartell weiter das schwarze Gold in den Markt - auch um  
der boomenden Fracking-Industrie in den USA, die sich zum gefährlichen Rivalen  
50 entwickelt hat, das Leben schwer zu machen. Parallel lässt das Wachstum in China  
nach. Dazu kommt die wieder aufgenommene Ölförderung in Iran, das im offenen  
Clinch mit Saudi-Arabien liegt. „Iran will gerade wieder im Westen Fuß fassen, des-  
sen alte Stammmärkte waren zum Beispiel Spanien und Italien“, glaubt Heinrich Pe-  
ters, Ölfachmann der Landesbank Hessen-Thüringen. Das wollten die Saudis hinter-  
55 treiben, indem sie selbst zu deutlich niedrigeren Preisen als sonst Öl auf den Markt  
werfen würden.

Die lange Talfahrt stellt die Geduld mancher Opec-Mitglieder allerdings auf eine harte  
Probe. Denn Länder wie der Irak, Nigeria oder Venezuela können sich die niedrigen  
60 Ölpreise immer weniger leisten. Die ärmeren Staaten murren deshalb immer vernehm-  
licher. Bisher allerdings ohne Wirkung, denn zu groß ist der Einfluss Saudi-Arabiens  
und der anderen Golfstaaten.

Wann werden die Preise wieder steigen? Viele Experten sind da unsicher. Optimisten  
65 glauben, dass der Kahlschlag der Investitionen schon bald zu niedrigeren Ölförder-  
mengen und höheren Preisen führen werde. Doch die renommierte Internationale  
Energieagentur (IEA), die auch viele Regierungen berät, dämpft alle Hoffnungen auf  
eine grundlegende Wende am Markt mit deutlichen Worten. Nach Ansicht der Exper-  
ten wird die weltweite Rohöl-Förderung 2016 netto um eine Million auf 31,3 Millio-  
70 nen Barrel pro Tag zulegen. Die IEA geht darum davon aus, dass die Ölpreise wieder  
auf rund 80 Dollar pro Barrel steigen könnten - aber erst bis zum Jahr 2020.

*Quelle: Herz, C., Handelsblatt, Nr. 005, 08.01.2016, 34*



## Schlechte Stimmung vor der Hochzeit

*Der niedrige Ölpreis setzt den Multis zu. Bei Shell regt sich Widerstand gegen eine geplante Milliardenfusion.*

5

Im Herbst war die Welt von Ben van Beurden noch in Ordnung. Auf einer Präsentation für Investoren in New York stellte sich der Chef des größten europäischen Ölkonzerns Shell „kategorisch“ hinter die im April eingefädelt

10 Megaübernahme des Rivalen BG Group und schloss eine Abkehr von dem 64-Milliarden-Euro-Deal aus. Doch die Zuversicht des Niederländers stößt angesichts des anhaltenden Ölpreisverfalls nicht mehr auf die ungeteilte Zustimmung seiner Investoren.

Erstmals rebelliert nun ein wichtiger Großaktionär offen gegen den Deal und kündigte seinen Widerstand gegen die Übernahme an. Angesichts des schwachen Ausblicks für die Ölpreise sei der Kauf nicht im Interesse der Shell-Aktionäre, erklärte der Großaktionär Standard Life Investment, der 1,7 Prozent der Shell-Aktien hält.

15 „Entsprechend werden wir dagegen stimmen.“

Es ist eine Revolte kurz vor der Hochzeit. Am 27. Januar sollen die Shell-Aktionäre auf einer Hauptversammlung über die Fusion abstimmen. Einen Tag später müssen dann die BG-Group-Investoren ihren Segen zu dem Milliardendeal geben. Auch der Aktionärsberater Institutional Shareholder Services (ISS), auf dessen Rat viele institutionelle Investoren hören, hatte sich noch am Freitag hinter die Pläne gestellt.

20 Shell werde trotz des Ölpreisverfalls von dem Deal profitieren, argumentierten die Berater.

Für Shell-Boss van Beurden geht es um viel. Der Kauf der BG Group ist der wichtigste Deal seiner Amtszeit. Die Übernahme, die Shell zum global führenden Anbieter von Flüssiggas aufsteigen ließe und den Rückstand zum Öl-Weltmarktführer Exxon Mobil verringern soll, ist mit seinem Namen verbunden. Mit der Übernahme würde Shell insgesamt etwa 440 Milliarden Dollar im Jahr umsetzen. Scheitert der BG-Deal, wäre van Beurden möglicherweise nicht zu halten.

30

Ein Shell-Sprecher betonte, das Unternehmen sei zuversichtlich, die große Mehrheit der Aktionäre weiter hinter sich zu haben. „Es wäre eine Riesenüberraschung, wenn der Deal nicht die notwendige Zustimmung erhalten würde“, glaubt auch Mark Kelly, vom Brokerhaus Olivetree's. Nach Berechnungen der Finanzleute stehen 65 Prozent der Aktionäre hinter dem Deal. Einige fürchten indes, dass der Ölgigant nun einen zu hohen Preis für die BG Group zahlt. Denn als die Fusion ausgehandelt worden war, stand der Ölpreis bei 55 Dollar - heute liegt er 40 Prozent tiefer.

35  
40

Das Ringen um den BG-Milliardendeal wirft ein Schlaglicht auf die Nöte der großen Ölkonzerne, denen der Absturz des Ölpreises schwer zusetzt. Ein Barrel Rohöl (159 Liter) der richtungsweisenden Sorte Brent kostet inzwischen weniger als 32 US-Dollar. Das ist so wenig wie seit zwölf Jahren nicht mehr. Noch Mitte 2014 wurde Brentöl zu rund 115 Dollar gehandelt.

45

- Der Preisrutsch ist vor allem einem Überangebot geschuldet. Durch die  
50 Schieferölförderung sind die Amerikaner, noch vor zwei Jahren einer der größten  
Ölverbraucher, als Käufer am Weltmarkt nahezu ausgefallen. Nun drohen sie sogar  
selbst zum Ölexporteur zu werden; die Ausfuhren waren fast ein halbes Jahrhundert  
verboten. Gleichzeitig fluten andere große Anbieter wie Russland die Märkte. Mit  
über 534 Millionen Tonnen hat Russland 2015 seine Förderung auf den höchsten  
55 Stand seit dem Zerfall der Sowjetunion 1991 gesteigert. Machtlos ist auch die  
Organisation erdölexportierender Staaten, Opec, die bis vor wenigen Jahren die Preise  
mit ihrer Förderung beeinflussen konnte. Sie hält ihre Produktion daher zur  
Verteidigung ihrer Marktanteile auf hohem Niveau.
- 60 Schlechte Nachrichten gibt es auch von der Nachfrageseite, da die Wirtschaft in China  
schwächelt. Axel Herlinghaus, Ölexperte der DZ Bank, erwartet daher, dass die  
Ölpreise auf dem Niedrigpreisniveau von 35 bis 45 Dollar verharren werden. Eine  
Entspannung erwartet er frühestens im zweiten Halbjahr.
- 65 Als Konsequenz aus den fallenden Ölpreisen stehen die Ölgiganten in diesem Jahr vor  
weiteren drastischen Investitionskürzungen. Die Öl- und Gasinvestitionen, die im  
vergangenen Jahr schon um 22 Prozent auf 595 Milliarden US-Dollar schrumpften,  
werden nach einer Prognose der Beratungsfirma Rystad Energy 2016 weiter auf 522  
70 Milliarden Dollar abrutschen. Es ist eine tiefrote Bremsspur, die bis Deutschland  
reicht.
- Die deutsche Tochter des britischen Ölkonzerns BP plant laut einer  
Unternehmenssprecherin den Abbau von „mehreren Hundert Stellen“ in Deutschland.  
Aktuell laufen die Gespräche mit dem Betriebsrat. Betroffen ist die Zentrale in  
75 Bochum ebenso wie die inländischen Raffinerien, etwa Lingen oder Gelsenkirchen.  
Zu BP gehört mit Aral der Marktführer am deutschen Tankstellenmarkt. Ein Teil der  
jetzt geplanten Stellenkürzungen geht noch auf das Abbauprogramm zurück, das im  
Juli 2009 eingeleitet worden war. Damals hatte der Konzern den Wegfall von etwa  
600 Stellen bis 2015 angekündigt; 450 davon sind bereits entfallen. Die verbleibenden  
80 150 Stellen werden im neuen Programm berücksichtigt.
- Auch die französische Total fährt die Investitionen zurück, gepaart mit einem straffen  
Kostensenkungsprogramm. Auf Gruppenebene war bis Ende 2015 der Abbau von  
rund 2 000 Stellen geplant; wie viele davon auf Deutschland entfallen, ist nicht klar.  
85 Total will aber hierzulande im Tankstellenbereich noch wachsen und bis 2018 den  
Marktanteil in Deutschland von heute acht bis neun auf zehn Prozent steigern.

Quelle: Herz, C./Palm, R., Handelsblatt, Nr. 007, 12.01.2016, 24



## Tanken macht wieder Spaß

*Dank des billigen Rohöls kosten Benzin und Diesel immer weniger.*

- 5 Viele Jahre war es ein sehr teures Vergnügen, sein Auto vollzutanken. Doch mit den fallenden Ölpreisen sind die Spritpreise in Deutschland kräftig unter Druck geraten. An den Zapfsäulen war Diesel zeitweise schon für weniger als einen Euro zu haben. Superbenzin nähert sich der Marke von 1,20 Euro je Liter, die an freien Tankstellen sogar schon gefallen ist. Der Höchstpreis lag Mitte 2012 bei 1,70 Euro.
- 10 Ausgelöst wurde der Preisrückgang an den Tankstellen bereits Mitte 2014, als die Ölpreise ins Trudeln gerieten. Damals kostete ein Barrel Rohöl in Europa, das sind rund 159 Liter, noch über 115 Dollar, heute sind es nur noch wenig mehr als 30 Dollar. Dieser Rückgang spiegelt sich in den Benzinpreisen wider, was den Verbrauch
- 15 anziehen lässt. Nach vorläufigen Zahlen stieg der Kraftstoffverbrauch im Straßenverkehr erneut leicht, nachdem 2014 die Nachfrage nach Ottokraftstoffen erstmals seit 1998 leicht zugenommen hatte - trotz effizienterer Automotoren.
- Die Preisabschwächung an den Tankstellen wird allerdings durch den Euro gebremst,
- 20 da Öl in Dollar gehandelt wird. Zudem standen nach Angaben des Mineralölwirtschaftsverbands (MWV) die hohen Steuern einem stärkeren Preisfall entgegen. „Der Tankstellenpreis kann prozentual nicht so schnell sinken wie der Ölpreis, weil auf den Kraftstoffpreisen stets die Mineralöl- und Mehrwertsteuer lastet. Und die ist ja unverändert hoch geblieben“, erklärte Christian Küchen,
- 25 Hauptgeschäftsführer des Verbands zum Jahreswechsel. Zusammen mit den ebenfalls gefallenem Heizölpreisen wirkten die Benzinpreise aber wie ein „echtes Konjunkturprogramm für unsere Volkswirtschaft“. 2015 schlage für Autofahrer und Heizölkunden mit einer Ersparnis von 13,5 Milliarden Euro zu Buche.
- 30 Der Preis für einen Liter Super E10 lag im vergangenen Jahr mit durchschnittlich 1,24 Euro pro Liter auf dem Niveau von April 2009; der Dieselpreis war mit gut einem Euro sogar auf dem niedrigstem Stand seit März 2005. Die Heizölpreise seien mit 46 Cent je Liter so niedrig wie zuletzt im März 2009.
- 35 „So günstig wie 2015 haben Autofahrer lange nicht mehr getankt“, zeigt auch die Auswertung des Informationsportals clever-tanken. de. „Sortenübergreifend sind die Kraftstoffpreise 2015 das dritte Jahr in Folge gesunken“, erklärt Geschäftsführer Steffen Bock. „Auch 2016 werden Autofahrer in Deutschland zunächst weiter von dem niedrigen Preisniveau profitieren“, erwartet Bock. Er rät aber den Autofahrern, trotz der niedrigen Spritpreise die Preise regelmäßig entlang ihrer Fahrtrouten zu vergleichen: „Auch im aktuellen Preistief sichern sie sich damit zusätzliches Einsparpotenzial.“ Regine Palm
- 40

*Quelle: Palm, R., Handelsblatt, Nr. 007, 12.01.2016, 24*

## Ölpreis: Mehr Geld für (fast) alle

*Die drastische Verbilligung des wichtigsten Rohstoffs wirkt wie ein riesiges Konjunkturprogramm.*

5

Russlands Präsident Wladimir Putin hat den Verfall des Ölpreises als noch größeren Schaden für die Wirtschaft seines Landes bezeichnet als die westlichen Sanktionen wegen des Ukraine-Konflikts. Wohl wahr. Denn als Rohstoffexporteur leidet Russlands Wirtschaft dramatisch. Die Industrieproduktion brach im vergangenen Jahr um knapp vier Prozent ein. Ganz anders die Situation in Deutschland: Hier wirkt das billige Öl wie ein Konjunkturprogramm. Verbraucher und Unternehmen profitieren - zumindest fast alle.

Der Konsument spart, weil Heizen und Tanken günstiger wird. Davon profitieren Handels- und Konsumgüterfirmen. Zwar lässt sich dieser Effekt nicht berechnen, weil niemand weiß, wie viel dieser zusätzlichen Ersparnisse in die Wirtschaft fließen. Doch zumindest für das Konsumland Nummer eins, die USA, haben Investmentbanken errechnet: Sinken die Treibstoffkosten nur um einen Cent, haben die 322 Millionen Einwohner in der Summe eine Milliarde Dollar mehr an frei verfügbarem Einkommen. Blackrock-Chef Laurence Fink bezeichnete unlängst den Ölpreisverfall als „eine riesige Steuersenkung für die ganze Welt“.

Die Firmen sparen, sofern sie Erdöl oder weiterverarbeitete Ölprodukte einkaufen. Ihre Gewinnmargen steigen, so dass sie mehr Geld für Investitionen haben. Geben sie einen Teil ihrer Kostenersparnis weiter, profitieren erneut die Verbraucher. „Rein rechnerisch müsste ein Rückgang des Ölpreises um ein Viertel gegenüber dem vergangenen Halbjahr die Konjunktur anschieben und etwa einen Viertelprozentpunkt mehr Wachstum bringen“, sagt der Chefvolkswirt der Commerzbank, Jörg Krämer.

So weit die Theorie. Die Investmentbank Goldman Sachs hat vor einiger Zeit errechnet, dass ein Ölpreisverfall von zehn Prozent die Firmengewinne im Schnitt ein Prozent erhöht. Darin sind auch die Erträge von Konzernen wie der Deutschen Telekom und SAP enthalten, die gar nicht vom Öl abhängig sind. Stimmt diese Rechnung, dann sollten sich die Erträge um zusätzliche drei Prozent erhöhen, nachdem der Ölpreis 2015 rund 30 Prozent niedriger notierte als 2014. Aktuell kostet Öl sogar 38 Prozent weniger als vor zwölf Monaten.

Größter Profiteur ist die Luftfahrtbranche. Billigflieger wie Ryanair sparen aufgrund der geringeren Kerosinkosten rund ein Drittel ihrer Betriebskosten. Bei der Lufthansa ist es zwar etwas weniger, weil höhere Personalkosten und aufwendigere Strukturen zu Buche schlagen, aber auch Deutschlands Branchenprimus spart Quartal für Quartal eine dreistellige Millionensumme ein. Positiv kommt hinzu, dass derzeit keine Pilotenstreiks und damit verbundene Flugausfälle die Kostenvorteile zunichtemachen. Anleger spekulieren auf diesen Gewinnreiber. Seit September legte die Aktie um 40 Prozent zu, während der Ölpreis seitdem um 35 Prozent eingebrochen ist.

50 Auch Autobauer und Logistiker ziehen großen Nutzen. „Insgesamt rechnen wir durch den Ölpreiseffekt mit einer Zusatznachfrage von mehr als 600 000 Pkw im Jahr 2016“, heißt es in einer Studie des CAR-Center Automotive Research an der Universität Duisburg-Essen. Im laufenden Jahr dürften weltweit rund 78,6 Millionen Pkw verkauft werden - ohne den Ölpreiseffekt prognostizieren die Autoexperten einen Absatz von 78 Millionen Pkw. Größte Profiteure sind nicht Premiumhersteller wie Audi oder BMW, sondern eher die Autobauer im Niedrigpreissegment, wo sich am ehesten zusätzliche Kunden aufgrund der billigen Benzinpreise anlocken lassen.

55 Deutschlands größte Reederei Hapag-Lloyd kauft ihren Treibstoff günstiger ein. Lkw fahren preiswerter über die Straßen, was schlecht für die Umwelt ist, die wettbewerbsintensive Branche aber entlastet. Allerdings bedeuten sinkende Ölpreise nicht automatisch eine Ersparnis - nicht einmal für die energieintensive Chemieindustrie. Zwar verringern sich die Herstellungskosten. Doch Endabnehmer kennen genau diesen Effekt. Sie verlangen eine Weitergabe der Ersparnis - und das fast immer mit Erfolg.

### 65 **Logistik: Rückenwind in der Flaute**

Ohne den massiv gesunkenen Ölpreis wäre Rolf Habben Jansen heute wohl kaum Chef eines börsennotierten Konzerns. Ihm verdankt er es, dass er die jahrelang defizitäre Reederei Hapag-Lloyd Anfang November aufs Parkett führen konnte. Seit nunmehr drei Quartalen schreibt Hapag wieder schwarze Zahlen, wusste er Anleger zu locken.

70 Den Ergebnisanstieg, so lässt sich im letzten Quartalsbericht erkennen, verdankte Habben Jansen allein dem Preisrutsch beim Schiffsdiesel. Der brachte der Reederei von Januar bis September eine Entlastung von fast genau 600 Millionen Euro. Wäre der Rückenwind ausgeblieben, hätte es Hapag-Lloyd um 165 Millionen Euro tiefer in die roten Zahlen getrieben.

80 Eine Entlastung bringt der Spritpreis auch Deutschlands Lkw-Transporteuren. Mehr aber auch nicht. Zwar ist der Diesel für Großabnehmer binnen Jahresfrist um 12,6 Prozent billiger geworden, wie der Bundesverband Güterkraftverkehr und Logistik (BGL) ausweist, doch nur ein kleiner Teil davon bleibt bei den Brummifahrern. „Viele Spediteure haben mit der Industrie Dieselpreis-Gleitklauseln vereinbart“, berichtet Verbandssprecher Martin Bulheller. Werden Preisschwellen durchbrochen, führt das zu Abschlagen.

85 Als Verlierer der fallenden Ölpreise sieht sich Deutschlands größter Transporteur, die Deutsche Bahn. Der billige Diesel verhindere, dass Güter auf die Schiene verfrachtet werden. Im Personenfernverkehr stärke er die Konkurrenten: die Autos und die Fernbusse.

### 90 **Chemieindustrie: Vorteil nur für Kunden**

Die Chemieindustrie müsste eigentlich zu den starken Profiteuren eines niedrigen Ölpreises gehören. Schließlich ist Rohöl der wichtigste Rohstoff der Branche,

95 Petrochemikalien und Kunststoffe werden beispielsweise daraus gemacht. Doch die  
Entlastung macht sich kaum bemerkbar.  
„Die eingesparten Milliardenbeträge erhöhen weder die Wertschöpfung noch die  
Gewinne der Unternehmen“, sagt Utz Tillmann, Hauptgeschäftsführer des Verbands  
der Chemischen Industrie. Denn der intensive Wettbewerb zwingt die Unternehmen,  
100 die Kostenersparnis direkt an die Kunden weiterzureichen.

Das zeigt sich deutlich an den starken Preisrückgängen, über die die gesamte Branche  
seit Monaten klagt. Um 2,5 Prozent gingen die Preise für Chemieprodukte im  
vergangenen Jahr zurück, was dazu führte, dass der Branchenumsatz bei 190  
105 Milliarden Euro stagnierte. In vielen Verträgen mit Kunden ist festgeschrieben, dass  
sinkende Rohstoffpreise weitergegeben werden müssen.

Das spielt etwa in der Kautschuksparte des Kölner Chemiekonzerns Lanxess eine  
entscheidende Rolle. „Wir ziehen kaum Nutzen aus dem billigen Öl“, sagt ein  
110 Sprecher. Bei Branchenprimus BASF macht sich der Ölpreis doppelt bemerkbar: Die  
Sparte Öl und Gas verdient nicht mehr so gut wie früher. Zudem sind die Preise vor  
allem in den Basischemiegeschäften des Konzerns unter Druck, weil die Entlastung  
durch das billige Öl weitergegeben wird und die schwache Nachfrage kaum Impulse  
liefert. bef.

115

### **Autoindustrie: Freude beim Tanken**

Neues Jahr, neues Auto - das gilt auch für viele Deutsche. Nicht umsonst ist der  
Januar einer der beliebtesten Monate für den Autokauf. Derzeit können sich die  
120 Autobauer teure Kampagnen für ihre Modelle sparen. Die beste Werbung liefern die  
Tankstellen: Mit einem Durchschnittspreis von 1,05 Euro für Diesel und 1,27 Euro für  
Super E10 waren die Treibstoff-Preise im Dezember des vergangenen Jahres so  
niedrig wie seit sechs Jahren nicht mehr. Dank der Spritpreise kündigt sich eine  
Sonderkonjunktur in den Autohäusern an.

125

Autoprofessor Ferdinand Dudenhöffer vom CAR-Institut prognostiziert, dass durch  
den Ölpreis-Effekt weltweit rund 600 000 Autos mehr verkauft werden könnten. „Vor  
allem die Hersteller preisgünstiger Fahrzeuge dürften deutlichen Rückenwind spüren“,  
sagt Dudenhöffer.

130

Auch auf die Modellpolitik haben die Kraftstoffpreise massiven Einfluss. Besonders  
sparsam müssen Autos für die meisten Kunden offenbar gar nicht sein. Schon heute  
wächst das SUV-Segment schneller als alle anderen, obwohl die Geländewagen für  
die Stadt wegen ihres größeren Luftwiderstands schon heute einen höheren Verbrauch  
135 vorweisen als vergleichbare Limousinen ihrer Klasse.

Auf der aktuellen Autoshow in Detroit lassen die Hersteller darum einmal mehr die  
Muskeln spielen. In den USA, wo die Spritpreise traditionell deutlich niedriger sind  
als in Europa, finden sich unter den meistverkauften US-Modellen riesige Pick-ups  
140 und SUVs.

Für alternative Antriebe könnte der niedrige Ölpreis kaum ungelegener kommen. Schon heute sind Elektroautos und Wasserstoffautos zu teuer, um im Volumengeschäft eine Rolle spielen zu können. Selbst die neue Generation könnte bei den aktuellen Preisen kaum mithalten.

Für die Hersteller könnte das problematisch werden. Denn die politisch vorgeschriebenen Klimaziele orientieren sich nicht am Ölpreis. Jeder verkaufte Spritschlucker erhöht den Flottenverbrauch und schlägt voll auf die Ökobilanz durch. Vor allem den Premiumautobauern könnten damit Milliardenstrafen ins Haus stehen. Lukas Bay.

### **Luftfahrt: Heiter im Himmel**

Für die Fluggesellschaften ist es wie ein Geschenk des Himmels. Der niedrige Ölpreis entlastet die hohe Kostenrechnung erheblich. Bei etablierten Gesellschaften wie Lufthansa, IAG (British Airways und Iberia) oder Air France-KLM macht Kerosin zwischen 20 und 30 Prozent der Gesamtkosten aus.

Welche Effekte der niedrige Ölpreis hat, lässt sich gut am Beispiel der Lufthansa aufzeigen. 2015 sank die Treibstoffrechnung von 6,7 auf etwa 5,7 Milliarden Euro. Hauptgrund ist der niedrigere Ölpreis, darüber hinaus hat die Lufthansa aber auch weniger Kerosin verbraucht. So flogen im vergangenen Jahr 25 Flugzeuge weniger für die größte Fluggesellschaft.

Vor wenigen Tagen stellte der Konzern vor Banken in New York seine Prognose für die Treibstoffrechnung im laufenden Jahr vor. Erneut soll die Kerosinrechnung um 800 Millionen Euro sinken - auf dann 4,9 Milliarden Euro. Das mag hoch erscheinen, schließlich kostet Rohöl so wenig wie seit mehr als zehn Jahren nicht mehr. Doch bei vielen Airlines wird die Rechnung durch einen zweiten Faktor beeinflusst: das Hedging. Fluggesellschaften sichern sich traditionell gegen starke Preisschwankungen ab. Diese Absicherungsgeschäfte laufen bis zu zwei Jahre. Da niemand einen derart heftigen Preisverfall erwartet hatte, waren die Termingeschäfte auf einen höheren Ölpreis ausgelegt. Das heißt: Die Lufthansa profitiert nur eingeschränkt vom Preisverfall. Diese Hedgings laufen aber allmählich aus. Deshalb wird sich der ganze Effekt des Preisverfalls erst im laufenden Jahr zeigen - bei Lufthansa, aber auch bei vielen anderen Airlines. Jens Koenen.

### **Ölbranche: Tief in der Krise**

Bei den großen internationalen Ölkonzernen hinterlässt der Preiseinbruch an den Rohölmärkten tiefe Spuren: Ihnen brechen die Gewinne weg. Das einst verpönte Raffineriegeschäft bietet zwar einen kleinen Lichtblick, gleicht aber nur einen Teil der Einbußen aus. Die Folge: Die Branche steuert massiv gegen. Keiner könne wissen, wie lange der Preisverfall noch anhalte, brachte es Rex Tillerson, Vorstandschef von Exxon-Mobil, im vergangenen Jahr auf den Punkt.

Die Konzerne von BP über Exxon, Shell und Statoil bis hin zu Total reagieren daher unisono auf die schwachen Ölpreise mit Kostensenkungsprogrammen,

190 Anteilsverkäufen, Entlassungen - und stoppen Großprojekte, die sich oft nur bei viel  
höheren Ölpreisen gerechnet haben. Nach einer Prognose der Beratungsfirma Rystad  
Energy werden die Öl- und Gasinvestitionen in diesem Jahr auf 522 Milliarden  
schrumpfen. Dabei haben die Konzerne bereits den Rotstift angesetzt. Im gerade  
abgelaufenen Jahr wurden die Investitionen schon um gut ein Fünftel auf 595  
195 Milliarden US-Dollar zusammengestrichen.

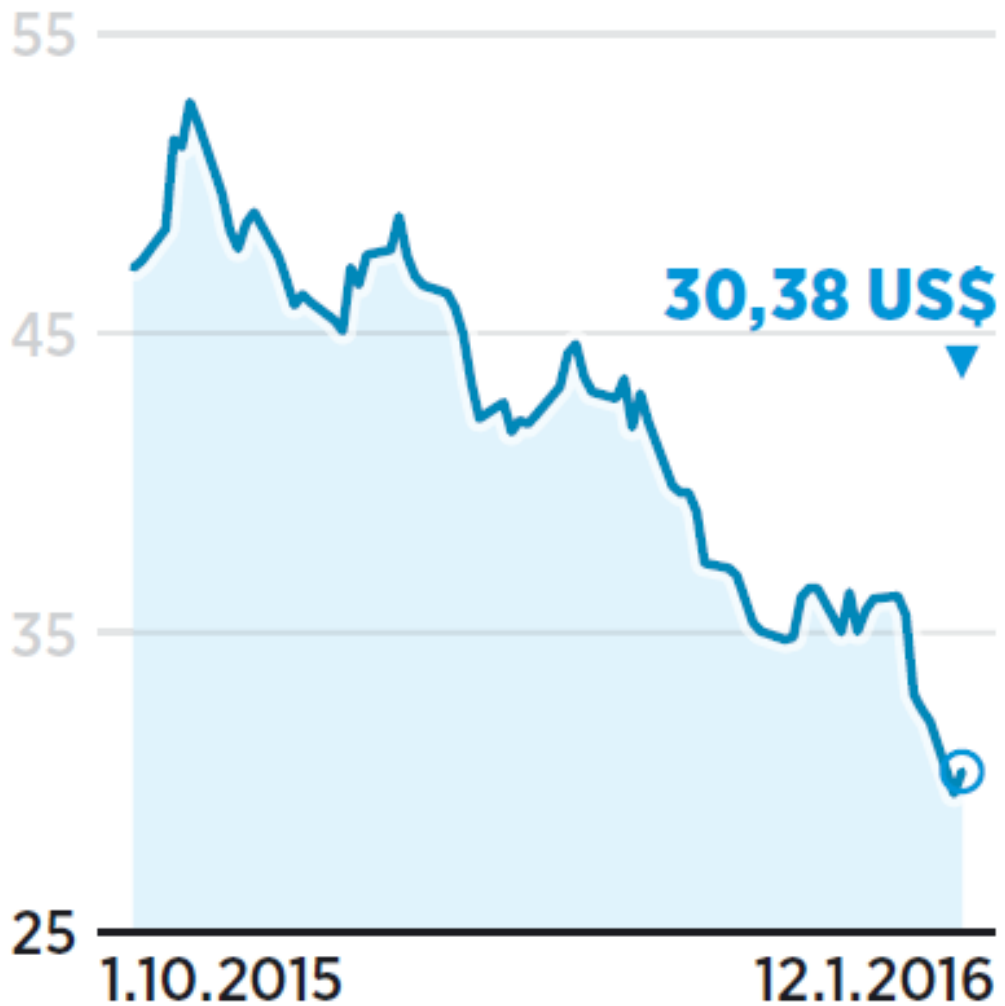
Daneben fallen immer mehr Arbeitsplätze weg. Erst am Dienstag gab der britische  
Ölmulti BP die Streichung von mindestens 4 000 Stellen bekannt. „Wir wollen unsere  
Strukturen vereinfachen und die Kosten senken“, sagte ein Sprecher. Die  
200 Arbeitsplätze sollen vor allem in der Ölproduktion gestrichen werden. Auch  
Deutschland ist betroffen; hier sollen mehrere Hundert Stellen wegfallen.

Dass wieder gern und häufiger getankt wird, ist in dem düsteren Szenario nur ein  
kleiner Lichtblick. Bisher hat sich die Ölbranche auch wegen der immer effizienteren  
205 Automotoren in einem schrumpfenden Absatzmarkt bewegt. Nun zeichnet sich eine  
Entspannung ab. Die Nachfrage nach Ottokraftstoffen hat 2014 amtlichen Angaben  
zufolge erstmals seit 1998 zugenommen und soll 2015 weiter zugelegt haben. Kein  
Wunder, denn laut Mineralölwirtschaftsverband wirken die fallenden Benzin- und  
Heizölpreise wie ein „echtes Konjunkturprogramm“. 2015 hätten Autofahrer und  
210 Heizölkunden 13,5 Milliarden Euro gespart. Regine Palm.

*Quelle: Sommer, U./Schlautmann, C./bef/Bay, L./Koenen, J./Palm, R., Handelsblatt, Nr. 008,  
13.01.2016, 14*

# Brentöl

Preis in US-Dollar je Barrel



Handelsblatt

Quelle: Bloomberg

## Helima Croft (Royal Bank of Canada): „Es gibt einfach zu viel Öl“

*Die Rohstoff-Chefin der Royal Bank of Canada über Preisschocks, die Lage am Golf und politische Risiken.*

5

Den Ölpreis hat Helima Croft schon sehr lange im Blick. Bevor die Amerikanerin Ende 2014 die Rohstoffanalyse bei der Royal Bank of Canada übernahm, hatte sie den geopolitisch so wichtigen Markt für den US-Geheimdienst CIA beobachtet. Ihre Prognose: Der Preissturz geht erst einmal weiter. Die wichtigen Förderländer werden ihre Produktion nicht drosseln, denn sie brauchen das Geld aus dem Ölgeschäft, um ihre Herrschaft zu sichern.

10

*Frau Croft, der Ölpreis stürzt ab und hat allein in diesem Jahr noch einmal ein Fünftel verloren. Gibt es Öl bald umsonst?*

15

Nein, es wird sich ein neues Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage entwickeln. Aber das dauert länger als erwartet. Im Moment herrscht Panik. Der Preissturz hat jetzt historische Ausmaße.

*Wo liegen die Gründe?*

20

Es kommt viel zusammen. Die Opec-Länder der Erdöl exportierenden Staaten produzieren hartnäckig viel Öl. Der Iran will schneller mehr fördern. Die allgemeinen Nachrichten aus dem wichtigen Verbraucherland China sind schlecht.

*Und was heißt das für die Preise am Weltmarkt?*

25

Öl der europäischen Sorte Brent kostet jetzt wenig mehr als 30 Dollar je Barrel. Kurzfristig kann der Preis sogar unter die 20-Dollar-Marke fallen. Noch vor wenigen Wochen dachten wir, Brent-Öl könnte sich bis Ende dieses Jahres auf über 60 Dollar je Barrel erholen. Daraus wird wohl nichts. Wir erwarten jetzt 53 Dollar.

30

*Ist diese Schätzung nicht immer noch zu mutig?*

Prognosen sind unser Job. Aber mutig? Ich habe auch schon für den US-Geheimdienst CIA gearbeitet. Da verlangten einige Tätigkeiten sicher mehr Mut.

*Was haben Sie bei der CIA gemacht?*

35

Ich habe die Ölindustrie in den Förderländern beobachtet. Geheimdienste wollen das Gleiche wissen wie ich heute bei der Analyse: Wie stabil ist das politische System? Welche Risiken gibt es beispielsweise für die monarchischen Strukturen? Wie werden das Regierungssystem und die Gesellschaft zusammengehalten? Wie viel Geld wird dazu gebraucht?

40

*Worauf achten Sie in diesem Jahr besonders?*

Etwa auf die russische Produktion. Im vergangenen Jahr hat Russland überraschend viel Öl gefördert. Iran hatte ich schon genannt. Auch im Irak ist die Frage, was aus diesem Land kommen wird. Libyen ist ebenfalls auf dem Radar. Angebotsschocks wären möglich.

45



*Und die Amerikaner: Hat die Förderoffensive in den USA nicht die große Wende für den Ölpreis gebracht?*

50 Gerade die Saudis waren im vergangenen Jahr überrascht, wie relativ robust die US-Produktion bei fallendem Preis war. Das hat die Notierungen maßgeblich mit nach unten getrieben. Auch in diesem Jahr dürfte die US-Produktion nur mäßig fallen.

*Und was ist mit den geopolitischen Spannungen? Sollten die die Preise nicht nach oben treiben?*

55 Wir haben mehrere Kriege im Mittleren Osten. Und was macht der Ölmarkt? Dem ist die Geopolitik egal. Der Preis kollabiert. Es gibt einfach zu viel Öl.

*Aber ganz außer Acht lassen kann man die politischen Aspekte nicht, oder?*

60 Sicher, die Risiken für die Ölförderländer sind ja real. Das beschäftigt wie beschrieben auch die Geheimdienste. Aber manche Rohstoffanalysten vernachlässigen die Frage nach politischer Stabilität. Sie reden nur über Preistrends und Folgen für Marktanteile. Das ist weltfremd. Die Regime in den Ländern denken ganz anders. Ich spreche von nationalen Herausforderungen. Es geht um wirtschaftliche und politische Risiken.

65 *Was heißt das konkret?*

Der abgestürzte Preis kann die politische Lage in einigen Staaten destabilisieren. Die zwölf Opec-Mitglieder setzen ihre Öleinnahmen zum Beispiel für inländische politische Ziele ein. In Ländern wie Saudi-Arabien, Kuwait, Irak, Nigeria und anderen Staaten ist die Frage: Wie lassen sich die Budgets finanzieren? Können die 70 Regierungen bei dem niedrigen Ölpreis wichtige Ausgabenprogramme aufrechterhalten, um die Bevölkerung weiterhin unter Kontrolle zu halten? Wir reden ja hier nicht über Demokratien nach westlichem Muster.

*Und das birgt besondere Risiken?*

75 Ich mache mir Sorgen, wenn bei den tiefen Preisen manche Länder ihre Ausgabenprogramme nicht mehr so einfach finanzieren können. Nur das Überleben des Regimes zählt. Ein Herrscher will auf jeden Fall an der Macht bleiben. Nicht jeder will den alternativen Weg gehen, den der politischen und wirtschaftlichen Öffnung.

80 *Welche Rolle spielt das wichtigste Opec-Mitglied Saudi-Arabien?*

Die Saudis haben sich im vergangenen Jahr entschlossen, mehr zu fördern. Auch das hat den Preis gedrückt. Den Staaten am Persischen Golf steckt noch die Erfahrung des arabischen Frühlings in den Knochen. Manche Länder entschieden sich für höhere Sozial- und Militärausgaben, um Ereignisse wie in Ägypten oder Tunesien zu 85 verhindern. Daher brauchen sie höhere Ölpreise - und deshalb könnte 2016 ein gefährliches Jahr werden.

*Wo lauern im Moment die größten Gefahren?*

90 In fünf Ländern sehen wir wegen der Tiefpreise das Risiko einer großen sozialen und politischen Krise. Irak und Libyen stehen oben auf der Liste, außerdem Venezuela, Nigeria und Algerien. Libyen hat jetzt schon mit dem IS-Problem zu kämpfen. Saudi-Arabien ist nicht ganz so gefährdet. Vielleicht wird das Land bald von seiner Position abrücken, den Ölpreis nicht durch Produktionskürzungen stützen zu wollen.

95 *Und der syrische Krieg?*

Der beunruhigt mich sehr. Dort fechten die Iraner und Saudis ihren Kampf um die Vorherrschaft in der Region aus. Fast alle Beteiligten und Financiers sind Ölförderer. Russland und Iran unterstützen den syrischen Machthaber Baschar al-Assad. Katar, Saudi-Arabien und die Emirate stützen die Opposition. Der Syrienkrieg ist ein  
100 Ölkrieg. Er ist gleichzeitig ein Machtkampf zwischen Sunniten und Schiiten. Die beteiligten Länder müssen die Kriege in der Region finanzieren, weil sie ihre Existenz bedroht sehen.

*Wie haben Sie den Stimmungswechsel in den Ölländern erlebt?*

105 Im Juni waren die Ölminister noch recht gut gelaunt. Ganz anders beim Opec-Treffen im Dezember. Schon die Körpersprache war eindeutig. Den grimmigen Gesichtern habe ich angesehen: Die Lage ist miserabel.

### **Vita Helima Croft**

110

*Die Strategin* Seit Oktober 2014 leitet die Amerikanerin das Rohstoffresearch bei der Royal Bank of Canada (RBC). Sie arbeitete zuvor in ähnlicher Position bei Barclays. In früheren Jahren analysierte sie für den US-Geheimdienst CIA die Rohstoffmärkte und die geopolitische Lage. Croft hat Wirtschaftsgeschichte  
115 in Princeton studiert und lebt in New York. Sie hat afrikanische und europäische Wurzeln. So stammen Großeltern aus Norwegen und Deutschland.

120

*Der Arbeitgeber* Die RBC ist im Heimatland Kanada eine Universalbank. Das börsennotierte Institut mit 75 Milliarden US-Dollar Marktkapitalisierung zählt mit 79 000 Mitarbeitern in 40 Ländern zu den weltgrößten Häusern. Die Investmentbanksparte RBC Capital Markets baut derzeit ihr Rohstoffresearch auf und will künftig neben dem Öl- auch den Gas- und den Metallmarkt analysieren.

*Quelle: Narat, I., Handelsblatt, Nr. 009, 14.01.2016, 28*

## Australien: Vom Ende der Kohle-Zeit

*In Australien steht eines der größten Minenprojekte der Welt auf der Kippe.*

5 Im vergangenen Mai entschied sich die Deutsche Bank für Fische statt Kohle:  
Während der Hauptversammlung bestätigte das Unternehmen, den vom indischen  
Rohstoffkonglomerat Adani geplanten Ausbau eines Kohleverladehafens an der  
australischen Küste nicht zu finanzieren. Die Bank sorgte sich um die Folgen, die eine  
solche Anlage auf das Great Barrier Reef haben könnte. Das mit 2 300 Kilometer  
10 Länge größte Korallenriff der Welt liegt direkt vor der Küste. Laut Meeresbiologen  
würde es in vielfacher Weise unter der Hafenexpansion und dem anschließenden  
Dauerverkehr von mit Schweröl beladenen Kohlefrachtern leiden. Den Niedergang  
eines der größten Naturwunder der Welt zu finanzieren, würde jedem Unternehmen  
einen garantierten Imageschaden beschern, warnen Experten - und wurden gehört:  
15 Die Deutsche Bank ist nur eines von etwa einem Dutzend Finanzinstituten, die Adani  
den Kredit verweigerten.

Nicht einmal ein Jahr später zeigt sich, dass eine Finanzierung in Milliardenhöhe auch  
wirtschaftlich ein Fehlentscheid gewesen wäre. Denn die von Adani geplante  
20 „Carmichael“-Mine, deren Kohle über den Hafen nach Indien hätte verschifft werden  
sollen, dürfte wohl kaum noch gebaut werden. Sie rechnet sich schlicht nicht mehr, so  
dramatisch sind die Preise für Kohle gesunken. Die Kosten für die Entwicklung der  
bis zu 40 Kilometer langen Mine mit einer Gesamtfläche von 270 Quadratkilometern  
sind bei spektakulären 16 Milliarden australischen Dollar (10,2 Milliarden Euro)  
25 veranschlagt. Mit einer geplanten Produktion von 60 Millionen Tonnen Steinkohle pro  
Jahr über 60 Jahre sollte die Mine die größte der südlichen Hemisphäre werden. Diese  
Menge hätte den Ausstoß von enormen Mengen Klimagas zur Folge, sagen Kritiker.  
„Wäre die Mine ein Land“, erklärt der Experte Tom Swann von der Denkfabrik  
Australia Institute, „wären die Emissionen aus der Verbrennung der Kohle größer als  
30 die von Kuwait, Chile, den Philippinen, Schweden, Griechenland, Norwegen oder  
Neuseeland“.

Gleichzeitig verliert die Welt die Lust auf den Klimakiller Kohle. Die Beschlüsse des  
Pariser Klimagipfels im Dezember zeigen eine fundamentale, grenzüberschreitende  
35 Bewusstseinsänderung. Gerade China, bis vor kurzem ein führender Abnehmer von  
Thermal- und Kokskohle, diversifiziert nicht zuletzt wegen der immer schlechteren  
Luftqualität fieberhaft in alternative Energien. So ist Kohle auf den Weltmärkten  
inzwischen zum Schleuderpreis zu haben. Kostete eine metrische Tonne 2011 noch  
139 US-Dollar (127,7 Euro), liegt der Preis heute bei knappen 50 US-Dollar (45,9  
40 Euro). Daran dürfte sich vorerst wenig ändern, glaubt die International Energy  
Agency (IEA). Die Agentur kürzte jüngst ihre Nachfrageprognose drastisch. Die  
australische Macquarie Group legte nach. Die Prognosen der IEA „stützen unsere  
Meinung, dass sich Kohle in einem strukturell bedingten Rückgang befindet“, schreibt  
die Bank.

- 45 Im Finanzjahr 2013/2014 exportierte Australien 375 Millionen Tonnen Kohle. 2015 stammten 7,1 Prozent der weltweit geförderten Kohle aus Australien, Tendenz fallend. Trotzdem sind noch bis zu 60 Minenprojekte im Bau oder in Planung. Viele stehen auf der Kippe.
- 50 In der australischen Kohleindustrie macht sich Panikstimmung breit. Mit millionenteuren Marketingkampagnen bittet sie um Unterstützung für den „kleinen schwarzen Stein“, wie sie den fossilen Brennstoff liebevoll nennt. Australien sei „gesegnet mit Reserven von Steinkohle für weitere 110 Jahre und Braunkohle für 510 Jahre“. Die Kohlewirtschaft sei für 4,2 Prozent des Bruttoinlandproduktes
- 55 verantwortlich - 60 Milliarden australische Dollar pro Jahr. 200 000 Menschen arbeiteten in der Kohleindustrie. Nicht mehr lange. Denn auch große Förderer ziehen den Stecker. Anglo American will einen Großteil ihrer Minen im Bundesstaat Queensland verkaufen - mit dem Verlust von 85 000 Arbeitsplätzen.
- 60 Nicht nur die Kunden bleiben aus, auch Investoren ziehen sich zurück. In Australien haben sich mehrere Universitäten und verschiedene Gemeinden der sogenannten „Divestment“-Bewegung angeschlossen. Sie stießen ihre Investitionen in Kohleunternehmen ab. Die zehn reinen Kohletitel an der australischen Börse - unter ihnen Whitehaven Coal, Macarthur Coal, Centennial Coal, Coalpac und Felix
- 65 Resources - verloren in einer Zeit von zweieinhalb Jahren bis September 2015 im Durchschnitt 60 Prozent an Wert. Der australische Wirtschaftsprofessor und Ex-Berater des Internationalen Währungsfonds, John Hewson, ist einer der führenden Vertreter der „Divestment“-Bewegung. Im Gespräch mit dem Handelsblatt bezeichnete er Kohleaktien als „Toxic Assets“ - toxische Aktiva.

70

*Quelle: Wälterlin, U., Handelsblatt, Nr. 006, 11.01.2016, 24*

# Kohle

Preis in US-Dollar je Tonne



Handelsblatt

Quelle: Bloomberg

Handelsblatt Nr. 006 vom 11.01.2016  
© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.  
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an [nutzungsrechte@vhb.de](mailto:nutzungsrechte@vhb.de).

## Ausbau erneuerbarer Energien: Wer Wind sät ...

*Der Ausbau erneuerbarer Energien schreitet rascher voran als geplant. Die Stromverbraucher zahlen dafür.*

5

Robert Habeck ist ein großer Fan der erneuerbaren Energien. Wenn der schleswig-holsteinische Energieminister in die Zukunft schaut, blickt er auf ein Land voller Windräder: Bis zum Jahr 2025 soll zwischen Lübeck und Flensburg dreimal mehr Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt werden, als in dem Bundesland verbraucht wird. Den Überschuss will er exportieren - das ist das Ziel des Grünen-Politikers, der Spitzenkandidat seiner Partei bei der nächsten Bundestagswahl werden will.

Habecks Plan, Schleswig-Holstein zum bundesweiten Vorreiter bei der Nutzung erneuerbarer Energien zu machen, ist nicht unrealistisch. Denn überall in Deutschland schreitet der Ausbau der erneuerbaren Energien voran. Zwar nicht immer so rasant wie in Schleswig-Holstein. Aber immerhin so schnell, dass das Bundeswirtschaftsministerium prognostiziert: Mit dem derzeitigen Wachstumsniveau werde man bereits im Jahr 2020 einen Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung „von rund 40 Prozent erreichen“.

20

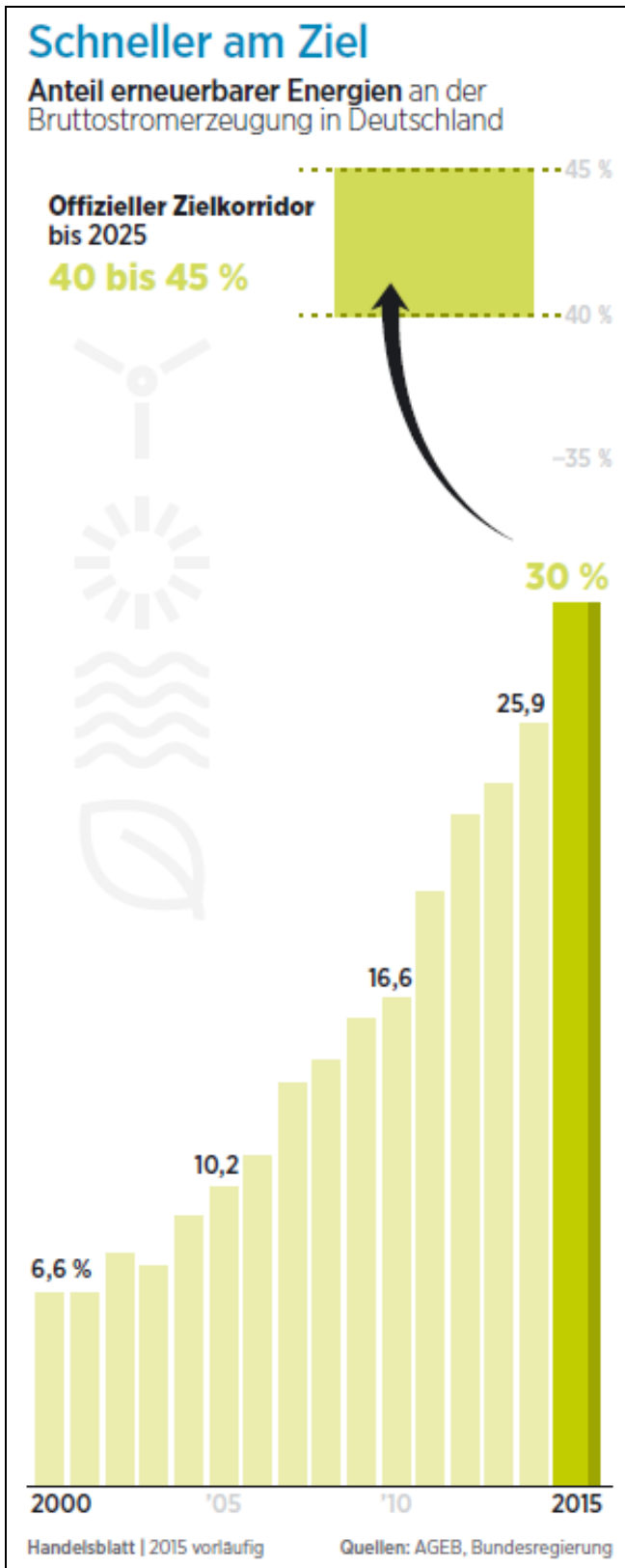
So steht es in einem Schreiben des Ministeriums an Mitglieder der Unionsfraktion im Bundestag, das dem Handelsblatt vorliegt. Die Bundesregierung ist damit drauf und dran, ihre eigenen Planungen deutlich zu übertreffen. So ist noch im Eckpunktepapier des Ministeriums zur Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) aus dem vergangenen Jahr von einem Zielkorridor von 40 bis 45 Prozent bis 2025 die Rede. Dieser Zielkorridor galt bislang als in Stein gemeißelt. Nun räumt das Ministerium ein, dass der Ausbau übers Ziel hinauschießt.

Die Übererfüllung der Pläne ruft innerhalb der Großen Koalition Kritik hervor. Denn mit jedem Jahr, in dem der Erneuerbaren-Anteil schneller als geplant steigt, steigen auch die Kosten entsprechend. „Wir sprechen hier von einem Anstieg der Förderkosten von heute 25,7 Milliarden Euro jährlich auf möglicherweise 30 Milliarden Euro im Jahr 2018“, sagte Unionsfraktionsvize Michael Fuchs (CDU) dem Handelsblatt. Fuchs fordert, den Ausbau stärker zu begrenzen und konsequent mit dem Ausbau der Stromleitungen zu synchronisieren. Tatsächlich kann der Strom aus erneuerbaren Quellen oftmals nicht mehr sinnvoll ins System integriert werden, weil die Stromleitungen fehlen.

Die Große Koalition arbeitet derzeit an einer Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Das EEG schreibt bislang die Vergütungen für Windräder, Photovoltaikanlagen, Wasser- und Biomassekraftwerke fest. Nun soll das EEG auf ein Ausschreibungssystem umgestellt werden: Der Anlagenbetreiber, der sich mit der geringsten Einspeisevergütung für den Strom aus seinen Anlagen begnügt, bekommt den Zuschlag für ein Projekt. Strom aus neuen Anlagen, so die Hoffnung des Gesetzgebers, könnte damit deutlich kostengünstiger werden. Allerdings soll es Ausnahmen für kleinere Anlagen geben. Zusätzlich soll es für jede Erzeugungsart eigene Ausschreibungen geben.

Achillesferse ist und bleibt aber der Netzausbau. Laut aktuellstem  
50 Netzentwicklungsplan des Bundes gibt es einen Bedarf an „Optimierungs- und  
Verstärkungsmaßnahmen“ für bestehende Leitungen über eine Länge von 3 050  
Kilometern sowie Neubauvorhaben mit einer Gesamtlänge von rund 2 750  
Kilometern. Hinzu kommen die Projekte des Energieleitungsausbaugesetzes von  
2009 mit einer Länge von 1 876 Kilometern, von denen Ende 2015 gerade einmal 558  
55 Kilometer geschaffen waren.

*Quelle: Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 007, 12.01.2016, 8*





## Interview mit Michael Fuchs (CDU): „Es geht um Milliarden“

*Der Unionsfraktionsvize kritisiert den rasanten Ausbau der Erneuerbaren.*

5 Aus der Sicht von Unions-Fraktionsvize Michael Fuchs (CDU) muss  
Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) die Ausbaupläne der Länder bei den  
erneuerbaren Energien bremsen. Fuchs ist in der Unionsfraktion zuständig für  
Wirtschaft und Energie. Nicht immer liegt er mit dem zuständigen Minister auf einer  
Linie.

10

*Herr Fuchs, der Ausbau der erneuerbaren Energien schreitet schneller voran als  
geplant. Was ist dagegen einzuwenden?*

Immer mehr Strom soll aus erneuerbaren Energien kommen; das stellt niemand  
infrage. Der Zuwachs, den wir derzeit erleben, schießt aber über jedes vernünftige  
15 Maß hinaus. Für mich ist klar: Der Erneuerbaren-Ausbau darf sich nur im  
vereinbarten Ausbaukorridor bewegen. Sonst laufen uns die Umlage nach dem  
Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und die Netzkosten aus dem Ruder. Darum kann  
ich auch nicht akzeptieren, dass das Bundeswirtschaftsministerium nach jüngsten  
Äußerungen einen Anteil der Erneuerbaren an der Stromerzeugung von 40 Prozent im  
20 Jahr 2020 für vernünftig hält. Damit liegen wir um 14 Milliarden Kilowattstunden  
über unserem oberen Zielwert.

*Der Anteil beträgt ja bereits 30 Prozent. Da sind doch 40 Prozent bis 2020 kein  
großer Sprung.*

25 Wenn man bedenkt, dass jede zusätzliche Kilowattstunde Erneuerbaren-Strom vom  
Stromkunden subventioniert werden muss, ist das natürlich ein Sprung. Wir sprechen  
hier von einem Anstieg der Förderkosten von heute 25,7 Milliarden Euro jährlich auf  
möglicherweise 30 Milliarden Euro im Jahr 2018. Außerdem stößt das System wegen  
des schleppenden Netzausbaus und fehlender Speichertechnologien an seine Grenzen.

30

*Das kann man den Betreibern von Windrädern nicht vorwerfen.*

Wir dürfen aber nicht die Augen davor verschließen, dass es für die Netzbetreiber  
immer schwieriger wird, den Strom aus erneuerbaren Quellen zu jeder Zeit zum  
Verbraucher zu transportieren. Immer häufiger müssen Anlagen abgeschaltet werden.  
35 Im Klartext heißt das: Stromkunden zahlen mit ihren Netzentgelten für stillstehende  
Windräder im Norden und für Reservekraftwerke im Süden. Auch hier geht es um  
Milliardenbeträge.

*Wie ließe sich gegensteuern?*

40 Ich rate dem Wirtschaftsminister dringend, sich nicht nach den Wünschen der  
Bundesländer zu richten, denn deren Überlegung lautet einfach: je mehr Erneuerbare,  
desto besser fürs grüne Image und desto mehr Steuereinnahmen vor Ort. Über  
Netzengpässe und EEG-Umlage macht man sich da keine Gedanken.

45 *Künftig sollen die EEG-Vergütungen per Ausschreibung ermittelt werden: Der Betreiber, der sich mit den niedrigsten Vergütungen begnügt, bekommt den Zuschlag. Wird das nicht die Kosten reduzieren?*

Ausschreibungen sind der erste Schritt zu mehr Marktnähe und Wettbewerb. Alle Anlagengrößen und alle Erneuerbaren-Technologien sollten deshalb zukünftig nur  
50 noch per Ausschreibung gefördert werden. Bislang ist ja vorgesehen, dass es Ausnahmen für kleinere Anlagen gibt. Außerdem sollen die Ausschreibungen für jede Technologie - also für die Windkraft an Land, für die Windkraft auf hoher See, für Photovoltaikanlagen und für Biomasse - getrennt erfolgen. Da würden wir auf halber Strecke stehen bleiben.

55 *Was schlagen Sie vor?*

Wir müssen dazu kommen, technologieneutral auszuschreiben. Wenn wir den Technologiemix politisch festlegen, ist das ein einziges politisches Geschacher und hat mit Kosteneffizienz nichts zu tun.

60 *Das Bundeswirtschaftsministerium will jährlich mindestens zwei Gigawatt Windenergie an Land ausschreiben, die Bundesländer wollen mehr. Wo liegt Ihre Schmerzgrenze?*

Wir sollten nicht isoliert über Windenergie an Land sprechen, sondern müssen die  
65 Summen über alle erneuerbaren Energien bilden. Schon aktuell liegen wir deutlich über dem Ausbaukorridor. Diese Fehlentwicklung müssen wir korrigieren.

*Quelle: Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 007 vom 12.01.2016 Seite 009*

## Abschied von der Kohle

*Der Thinktank Agora will den Ausstieg bis 2040 hinbekommen. Vorschläge für sozial verträglichen Jobabbau.*

5  
10 Während die erneuerbaren Energien ihre Position von Tag zu Tag stärken, sieht es für die Kohlekraftwerke in Deutschland zunehmend düster aus. Der Thinktank „Agora Energiewende“ legte am Montag ein Papier vor, das den Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2040 zum Ziel hat. Derzeit stehen die Stein- und Braunkohlekraftwerke noch für gut 40 Prozent der Stromerzeugung.

15 Die Agora-Leute schlagen vor, erste ältere Kraftwerke schon ab 2018 abzuschalten und auch Kohle-Restlaufzeiten zu schaffen. So würde dafür gesorgt, dass jüngere Kohlekraftwerke noch bis zum Jahr 2040 betrieben werden könnten. Gemäß einem Elf-Punkte-Plan sollte der Bund bis 2040 insgesamt mehr als sechs Milliarden Euro an Strukturhilfen für die von einem Komplettausstieg betroffenen Braunkohlereviere beisteuern. Unumgänglich ist es laut Agora, dass künftig keine neuen Braunkohletagebaue mehr erschlossen werden.

20 Die Denkanstöße von Agora haben in Berlin hohen Stellenwert. Agora-Chef Patrick Graichen war bis 2012 im Bundesumweltministerium tätig und gilt als Vertrauter von Wirtschaftsstaatssekretär Rainer Baake. Baake selbst war bis zu seinem Amtsantritt im Wirtschaftsressort Agora-Chef.

25 Der neue Plan enthält auch Vorschläge für einen sozial verträglichen Abbau von Arbeitsplätzen. „Wir schlagen der Bundesregierung vor, zeitnah einen ‚runden Tisch Nationaler Kohlekonsens‘ einzuberufen“, sagte Agora-Direktor Graichen.

30 Damit die Bundesrepublik einerseits ihre Klimaschutzziele einhalten kann und andererseits Sicherheit und Bezahlbarkeit der Versorgung erhalten bleiben, schlägt Agora vor, die Kohlekraftwerke in Schritten von zunächst maximal drei Gigawatt Leistung pro Jahr - das entspräche drei bis vier großen Kraftwerken - stillzulegen und damit 2018 zu beginnen. Es müsse hierzu ein Abschaltplan auf Basis von Restlaufzeiten festgelegt werden.

35 Analog zum Atomausstieg sollten die jeweils ältesten Kraftwerke nach Erreichen einer bestimmten Altersgrenze abgeschaltet werden, wobei diese Altersgrenze im Laufe der Jahre gesenkt würde. Im Gegenzug müsse sich die nationale Politik verpflichten, keine weiteren einseitigen Belastungen der Kohle einzuführen. Es dürften auch keine Stilllegungsprämien gewährt werden. Die im Zuge des Kohleausstiegs frei werdenden CO<sub>2</sub>-Zertifikate sollen aus dem Emissionshandel herausgenommen werden.

45 Um die Belastungen der Braunkohleregionen abzufedern, gehören laut Agora zu einem Kohlekonsens auch verlässliche strukturpolitische Maßnahmen über den gesamten Zeitraum bis 2040. Die Braunkohlereviere sollten daher mit 250 Millionen Euro pro Jahr gefördert werden. Zusätzliche Hilfen sollten aus dem Bundeshaushalt kommen.

- 50 In der Bundesregierung stießen die Agora-Vorschläge auf ein geteiltes Echo: Eine Sprecherin des Umweltministeriums sprach von einer hilfreichen Studie. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) nahm den „Debattenbeitrag“ nach Aussage einer Sprecherin „zur Kenntnis“. Ein gleichzeitiger Ausstieg aus Atom- und Kohlestrom sei aber nicht sinnvoll.
- 55 Fachleute halten die Agora-Pläne für realistisch. Sie berücksichtigten die politischen Implikationen und enthielten strukturpolitische Aspekte, sagte Harald Hecking, Geschäftsführer von ewi Energy Research & Scenarios, dem Handelsblatt. Die Stilllegung der Emissionszertifikate sei allerdings eine der Grundvoraussetzungen für das Gelingen des Konzeptes, sagte Hecking.

60

*Quelle: Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 007, 12.01.2016, 8*

## Angst vor belgischen Atommeilern

*Sicherheitsbedenken: Bundesumweltministerium übergibt Liste mit offenen Fragen an das Nachbarland.*

5

Die belgischen Atommeiler gelten in Deutschland als Sicherheitsrisiko. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) hat keine rechtliche Handhabe, den Weiterbetrieb der Kraftwerke zu verhindern. Dass sie sich aber mit kritischen Fragen an die belgischen Sicherheitsbehörden nicht zurückhalten werde, hatte die Ministerin schon angekündigt. Jetzt hat das Ministerium der belgischen Atomaufsichtsbehörde FANC anlässlich eines internationalen Arbeitstreffens 15 Fragen zur Sicherheit speziell der Meiler Tihange 2 und Doel 3 übergeben. „Aus unserer Sicht sind sicherheitstechnische Fragen zum Wiederaufstart der beiden Reaktoren offen“, teilte das Ministerium mit.

15

Belgien hat an den Standorten Doel und Tihange insgesamt sieben Reaktoren. Doel liegt rund 150 Kilometer von der deutschen Grenze entfernt, Tihange 70 Kilometer. An beiden Standorten war es in den vergangenen Jahren wiederholt zu Zwischenfällen gekommen. Im Sommer 2012 tauchten Risse in den Reaktordruckbehältern von Tihange 2 und Doel 3 auf, die Anlagen wurden vom Netz genommen, später aber wieder angefahren. 2014 wurden sie erneut außer Betrieb genommen. Im November 2015 gab die belgische Atomaufsichtsbehörde bekannt, dass die beiden Reaktoren wieder angefahren werden könnten. Doch schon in den Weihnachtstagen kam es in Belgien erneut zu einer sicherheitsbedingten Selbstabschaltung.

25

Umweltschützer und das Land Nordrhein-Westfalen fordern seit langem die Abschaltung der Meiler. Jetzt steigt die Skepsis. „Nach wie vor ist unklar, zu welchem Zeitpunkt und wie die Fehler im Stahl der Reaktordruckbehälter entstanden sind und ob sie sich in den Jahren des Betriebs verändert haben“, sagte die Grünen-Fraktionsvorsitzende im Europaparlament, Rebecca Harms, dem Handelsblatt. „Solange es auf diese Fragen keine klare Antwort gibt, kann die Aufsichtsbehörde die Sicherheit der Reaktoren nicht garantieren.“ Der weitere Betrieb sei deshalb unverantwortlich, sagte die Grüne, die am Donnerstag eine neue wissenschaftliche Studie zu den Risiken vorlegen will.

35

„Ich halte die Probleme für äußerst gravierend, die beiden belgischen Meiler müssen sofort endgültig abgeschaltet werden“, sagte die atompolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion in Berlin, Sylvia Kotting-Uhl. Das Vorgehen der belgischen Atomaufsicht sei nicht vertrauenserweckend. „Das Mindeste wäre, dass sie ihre Entscheidungen nachvollziehbar macht“, forderte Kotting-Uhl. Veröffentlicht würden jedoch nur zusammenfassende Darstellungen mit Lücken. Das sei nicht hinnehmbar.

40

45 „Die Uralt-AKW's und die Reaktoren mit Rissen im Reaktordruckbehälter müssen  
endgültig abgeschaltet werden“, forderte auch der zuständige Berichterstatter der  
SPD-Bundestagsfraktion, Marco Bülow. Die Sicherheit Europas sei keine nationale  
Angelegenheit. Er forderte deshalb eine europäische Debatte darüber, „ob ein Land  
mitten in Europa Atomkraftwerke betreiben kann, die solche Pannen aufweisen“.  
50 Nicht nur in Belgien, auch in Frankreich und in der Schweiz seien Meiler mit vor 50  
Jahren konzipierter Technik am Netz - und das in einem so sensiblen Bereich: „Da  
muss auch überlegt werden, ob wir möglicherweise eine andere Art von Stresstest  
brauchen.“ Zudem forderte Bülow die Bundesregierung auf, Belgien Hilfe bei der  
Stromversorgung durch erneuerbare Energien anzubieten.

55 *Quelle: Kersting, S., Handelsblatt, Nr. 009, 14.01.2016, 8*

## Die grünen Pläne von RWE

*Vorstandschef Terium plant Offensive bei Solar- und Windkraft.*

5 Peter Terium hatte in den vergangenen Monaten selten Grund zur Freude. In  
Großbritannien laufen dem RWE-Chef scharenweise die Kunden davon, in  
Deutschland kämpft der Niederländer mit den Atomaltlasten und dem darben  
Braunkohlegeschäft. Und auch die Investoren kündigen ihm zusehends die  
10 Gefolgschaft. Allein binnen eines Jahres büßte Deutschlands zweitgrößter  
Energiekonzern die Hälfte seines Börsenwerts ein.

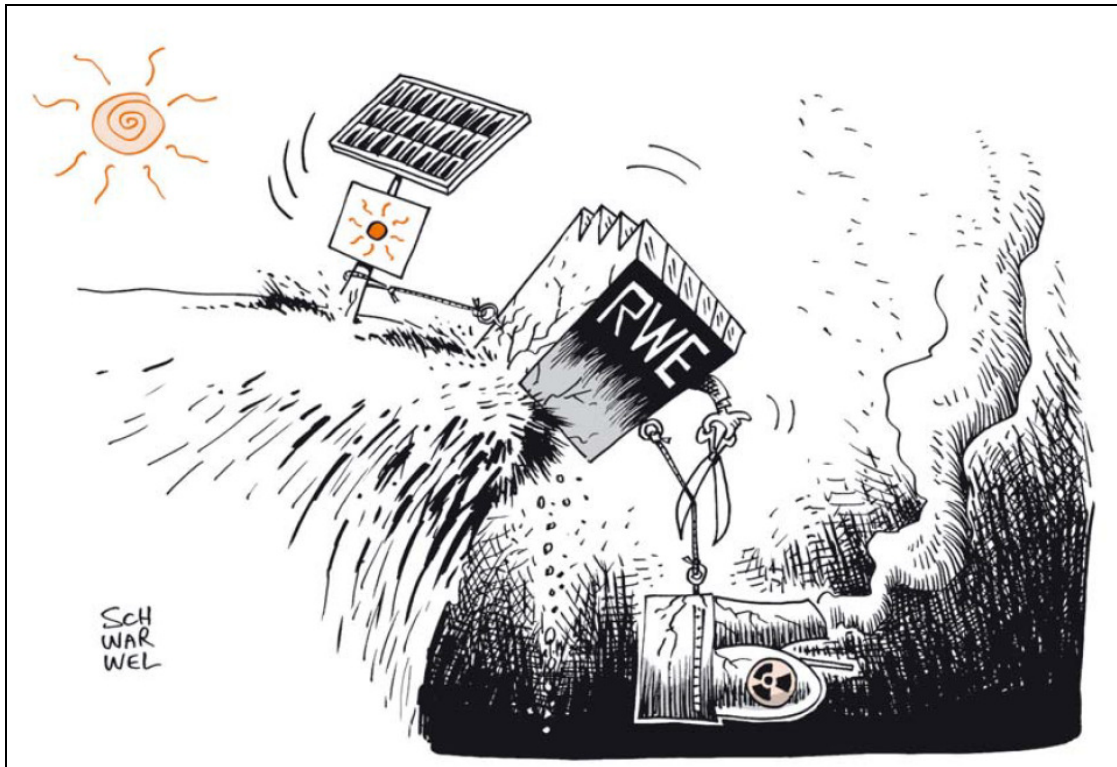
Ins neue Jahr startet Terium aber voller Optimismus: „Wir haben Wind in den  
Segeln“, frohlockte der Manager gestern im RWE-Tower in Essen. Anlass seiner  
Zuversicht? Die vorläufigen Geschäftszahlen der Ökostromtochter. 2015 hat sich das  
15 operative Ergebnis von RWE Innogy voraussichtlich mehr als verdoppelt - auf rund  
400 Millionen Euro. Im Gegenzug dürften sich die Erträge aus der konventionellen  
Stromerzeugung allerdings halbiert haben. Seitdem Solar- und Windkraft per Gesetz  
vorrangig ins deutsche Stromnetz eingespeist werden, bricht RWE das Kerngeschäft  
weg. Der Betrieb von Atom-, Kohle- und Gaskraftwerken rechnet sich nicht mehr.  
20 Am Terminmarkt bekommen Stromproduzenten für eine Megawattstunde, die sie im  
nächsten Jahr liefern, nicht einmal mehr 28 Euro, vor vier Jahren waren es noch 50  
Euro.

Als Reaktion auf die Umwälzungen spaltet sich RWE ähnlich wie der Konkurrent Eon  
25 auf. Die RWE AG wird nur noch für den Großhandel und die notleidende  
konventionelle Stromerzeugung zuständig sein. Das Zukunftsgeschäft mit den  
erneuerbaren Energien, dem Vertrieb und den Netzen wird in eine neue Gesellschaft  
ausgelagert, die am 1. April 2016 an den Start gehen soll. Ende des Jahres will RWE  
zehn Prozent der Anteile an der neuen Gesellschaft im Zuge einer Kapitalerhöhung an  
30 die Börse bringen.

„Die Hälfte der Erlöse des Börsengangs ist für den weiteren Ausbau erneuerbarer  
Energien vorgesehen“, erklärte RWE-Chef Terium. Mit dem Investorengeld will  
Terium eine „kontrollierte Offensive“ im Bereich grüner Energien starten. Konkret  
35 sollen die Anteile an bestehenden Projekten erhöht, der Ausbau von Wind, an Land  
und auf hoher See vorangetrieben und ein neues Geschäftsfeld für Photovoltaik-  
Projekte aufgebaut werden. Zudem prüft RWE den Einstieg in neue Märkte wie die  
Türkei, Irland, USA, Nordafrika und den Nahen Osten. Doch die  
Wachstumsaussichten sind begrenzt.

40 In Deutschland wurden etwa die Ausbaupläne für Offshore-Wind voriges Jahr um 40  
Prozent gekappt. In Großbritannien, einem der wichtigsten Märkte für RWE, hat die  
Regierung die Förderung für Windenergie an Land gestrichen und für Meerwindparks  
gesenkt. RWE setzen auch Weltkonzerne zu. Im Bereich Smart-Home greifen Google  
45 und Apple an, bei Energiespeichern Tesla, Daimler und BMW.

*Quelle: Hubik, F., Handelsblatt, Nr. 009, 14.01.2016, 15*





## Elektromobilität: Letzter Startversuch

*Die Autoindustrie fühlt sich von der Kanzlerin im Stich gelassen. Die Koalition ringt um Hilfen für den Verkauf von E-Mobilen.*

5

Kurz vor Weihnachten meldete sich Henning Kagermann bei Angela Merkel. Der einstige SAP-Chef wollte der Kanzlerin erklären, wie sich der Markt für E-Mobile entwickelt; dass es nicht annähernd eine Million Fahrzeuge auf den Straßen sein werden, die sie bis 2020 proklamiert hatte und: Dass er die Lust verliere, die dazu eingerichtete „Nationale Plattform“ zu leiten. Von Rücktritt will „Mister Elektroauto“ nicht gesprochen haben. Aber seit Monaten sinkt seine Laune, ob der fehlenden Ankündigung Merkels von Staatshilfen.

Kagermann vertritt die Gemütslage von BMW, VW und Daimler. Allein BMW hat mehr als drei Milliarden Euro in die Entwicklung des Elektroautos „i3“ investiert, das aber in Deutschland kaum zu verkaufen ist. Es fehle in Deutschland an politischem Willen, klagt Marketingchef Ian Robertson und fordert offen Kaufprämien. BMW steht wie der Rest der Branche unter Druck: 2020 darf die Neuwagenflotte maximal 95 Gramm CO<sub>2</sub> je Kilometer ausstoßen. E-Mobile sollen da helfen, die EU-Vorgabe trotz großer Limousinen zu erreichen.

Die Regierung aber baut bislang auf „Markt und Wettbewerb“ als „die besten Treiber für Innovationen“ und plant daher „keine Kaufprämie für E-Autos, sondern setzt auf andere Kaufanreize“, etwa freie Fahrt auf Busspuren. Der Boom jedoch bleibt aus. Schlimmer noch: Seit 2016 sind Fahrzeuge mit weniger als 50 Gramm CO<sub>2</sub> nicht mehr für zehn, sondern nur noch fünf Jahre von der Kfz-Steuer befreit. Die Branche pocht auf die Kaufprämie. Bereits im Mai hatte die Unternehmensberatung Roland Berger für den Verband der Automobilindustrie festgestellt, bei privaten wie gewerblichen Kunden sei vor allem der Kaufpreis entscheidend. Mit einer Förderung von 2 500 Euro je Hybridfahrzeug und 5 000 Euro für rein batteriebetriebene Fahrzeuge sei das Ziel gerade noch zu erreichen. Kosten bis 2020: 4,5 Milliarden Euro.

Die Haushaltspolitiker von Union und SPD lehnen ab - und auch die Umweltverbände wehren sich gegen „Geldgeschenke für die Automobilindustrie“, auch wenn die Grünen das Werben von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) für die Kaufprämie Mitte der Woche begrüßten. Sie könne, „den Umschwung einleiten, weg vom Öl im Verkehr“, jubelte Fraktionschef Anton Hofreiter. Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) lehnt die Prämie ab und plädiert für eine Sonderabschreibung bei gewerblichen Fahrzeugen. Auch hier warnen die Koalitionäre wie Fraktionsvize Ralph Brinkhaus (CDU): „Ich halte es für bedenklich, das Steuerrecht mit Förderzwecken zu überfrachten.“ Haushalts- und Finanzpolitiker sind höchstens zu kleinen Zugeständnissen bereit. So könnten sie auf die Versteuerung des geldwerten Vorteils verzichten, wenn ein Arbeitnehmer am Arbeitsplatz sein Auto auflädt. Es sei schwer zu erklären, warum die Autoindustrie trotz milliardengewinnen nicht in der Lage sei, ein neues Produkt am Markt zu platzieren“, hieß es. Haushälter Norbert Brackmann (CDU) stellt klar: „Es gibt kein frisches Geld.“

50 Also werden andere Lösungen diskutiert. Wie Roland Berger wirbt etwa die SPD mit einem Bonus-Malus-System. Danach würde ein Neuwagen mit mehr als 95 Gramm CO<sub>2</sub> verteuert und mit dem Geld E-Mobile verbilligt werden. So sollen bis zu 600 Millionen pro Jahr umverteilt werden. Dagegen aber wehren sich die Premiumhersteller. Sie fürchten, ausländische Anbieter zu subventionieren. Alternativ steht eine Mindestverkaufsquote von drei Prozent im Raum.

55 Steuererhöhungen etwa bei Mineralöl lehnt die Union ab. „Wenn kein frisches Geld da ist, dann müssen wir es anders lösen“, sagte Andreas Rimkus (SPD). Er wirbt wie Kollege Steffen Bilger (CDU) für einen Tilgungszuschuss über die staatseigene KfW-Bank. Am Montag sollte die Koalitionsrunde bei Kanzleramtschef Peter Altmaier  
60 tagen, das Treffen wurde aber nach Informationen des Handelsblatts abgesagt. Es bleibe jedoch dabei, dass Merkel am 5. Februar ein Ergebnis verkünden wolle. „Im Zweifel wird sie das Ziel einkassieren“, hieß es in der Koalition.

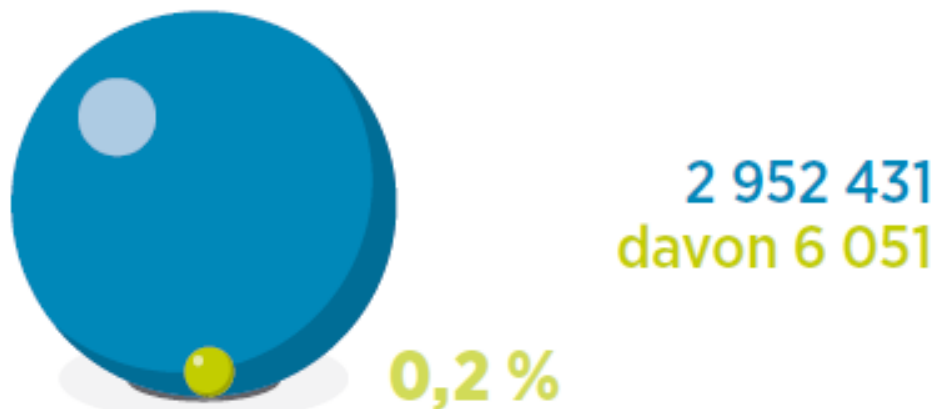
*Quelle: Delhaes, D./Fasse, M., Handelsblatt, Nr. 010, 15.01.2016, 10*

# Etwas für Exoten

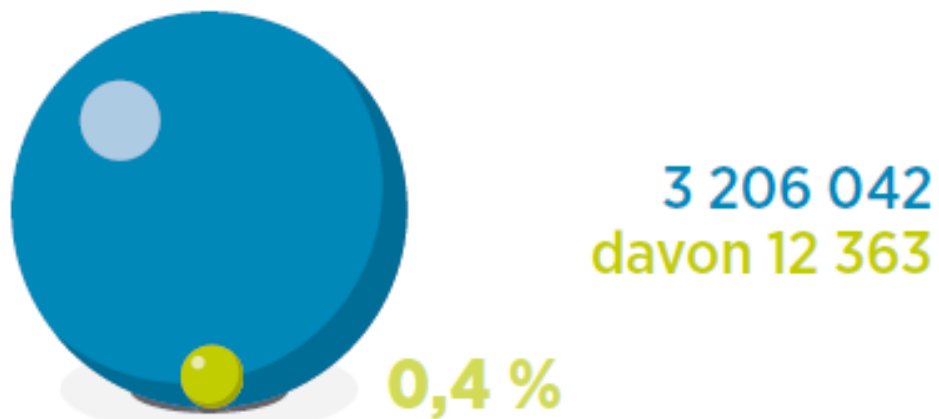
## Pkw-Neuzulassungen in Deutschland

**■** Insgesamt      **■** Elektroautos  
(rein batterie-  
betrieben)

2013



2015



Handelsblatt

Quelle: KBA